Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 Mk., durch die Post 2,25 Mk., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte noch keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Schriftleitung Nr. 1140
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1765
der Abonnements-Abteilung Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Achtundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 6 gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum mit 30 Pfg. berechnet und in unseren Annahmestellen und allen Anzeigen-Geschäften angenommen. Reklamen die Zeile 1 Mk. Schluß der Inseratenannahme: vorm. 11 Uhr, in der Sonntagsnummer abends 6 Uhr.

Erscheint täglich zweimal.
Sonntags und Montags einmal.

Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17;
Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 201. **Halle, Freitag, den 1. Mai** **1914.**

Mb. Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

68. Sitzung vom 30. April.

Am Ministertisch: v. Trott zu Solz.

Präsident Graf von Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr.

Der Kultusetat.

4. Tag. Die Beratung wird fortgesetzt beim Kapitel: „Bistümer, katholische Geistliche und Kirchen, altkatholische Geistliche und Kirchen."

Abg. Adolf Hoffman (Soz.):

Nachdem ich gestern über die evangelische Kirche gesprochen, kann ich die katholische natürlich auch nicht leer ausgehen lassen. 9 Millionen beträgt der Zuschuß, den der Staat aus Mitteln der Steuerzahler hier zugeben muß. Und dabei ist die katholische Kirche wahrhaftig schon reich genug! Sie versteht es ganz vorzüglich, Geld zu nehmen und Schätze zu sammeln. Wenns Geld gibt, macht die katholische Kirche alles: Fürstbischof Kopp hat allein 7 Millionen hinterlassen, (Lebhafter Widerspruch im Zentr.) und dabei hatte er als armer Telegraphengehilfe angefangen. Jedenfalls hat er mehr hinterlassen als Bebel. Also kommen Sie nicht mehr mit der großen Hinterlassenschaft Bebels! (Unruhe im Zentr.) Fürstbischof Kopp hatte ein Einkommen von 860 000 Mk. Da muß er schon sparen, oder wollen Sie behaupten, daß er all das Geld durchgebracht hat? (Heiterkeit.) Auch der Abg. Lohmann sprach von den guten Geschäften, die die katholische Kirche mit ihrem Kampf gegen die Sozialdemokratie macht. Nun, das Zentrum wird so lange gute Geschäfte machen, so lange die Nationalliberalen solche Angstmeier sind. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Glattfelder (Zentr.):

Die von Herrn Hoffmann behaupteten Reichtümer der katholischen Kirche existieren nur in seiner Phantasie. Ueber das Vermögen des Fürstbischofs Kopp hat Dr. Porsch genaue Angaben veröffentlicht, und es wäre auch die Pflicht der sozialdemokratischen Presse gewesen, hiervon Notiz zu nehmen.

Abg. Styczynski (Pole):

Immer wieder müssen wir die Beschwerde vorbringen, daß der Religionsunterricht nicht in der polnischen Muttersprache erteilt wird. Der Minister sagte vorgestern, daß er sich in den Unterricht nicht eingemischt hätte, das ist für uns sehr wertvoll. Aber der Minister wandte sich auch sehr scharf gegen Herrn Korfanty, obwohl dieser nur Tatsachen angeführt hatte.

Minister von Trott zu Solz:

Ich muß dabei bleiben, daß die Tatsachen von den Polen in tendenziöser Weise entstellt werden. Ebenso kann ich nur wiederholen, daß die Regierung sich grundsätzlich nicht in den Religionsunterricht einmischt, wenn sie das doch täte, würden die Bischöfe schon Widerspruch erheben. Ein solcher Widerspruch ist aber noch nie erfolgt. Ich bitte Sie, sorgen Sie auch dafür, daß die Politik aus der Kirche fernbleibt.

Abg. Hänisch (Soz.):

Der Abg. Hoffmann hat die Hinterlassenschaft des Kardinals Kopp nur zur Abwehr der immer wieder in der Zentrumspresse verbreiteten Verleumdung herangezogen, Bebel habe eine Million Mark hinterlassen, während es in Wirklichkeit nicht einmal der vierte Teil gewesen ist. Bebel hat für seine Tätigkeit für die Arbeiter nicht einen Pfennig genommen. Wir wenden uns dagegen, daß die Kirche polnische und Zentrumspolitik treibt, daß die Geistlichen politische Agitatoren der Zentrumspartei sind. Katholischen Arbeitern ist die Absolution verweigert worden, weil sie kreigewerkschaftlich organisiert waren.

Abg. Dr. Bell (Zentr.):

Ich muß es ablehnen, mich mit dem Vorredner über interne Angelegenheiten meiner Partei und der katholischen Kirche zu unterhalten. Seine Ratschläge sind eine Ueberhebung. Es könnte der Sozialdemokratie gar nicht schaden, wenn sie eine Gewissensforschung vornähme und die Beichtzettel ihrem Parteitag vorlegte. Sie benutzen die Religion in ihrer Kirchenaustrittspropaganda selbst zu politischen Zwecken. (Lebhafter Widerspruch bei den Soz. Abg. Weinert: Das ist nicht wahr!) Lesen Sie denn Ihre eigenen Zeitungen nicht? Das starke Aufblühen der katholischen Organisationen ist den Sozialdemokraten höchst unbequem. Ueber den Nachlaß Bebels ist in der ganzen deutschen Presse geschrieben worden. Wenn sie so gegen den Kapitalismus ankämpfen, dürfen sie sich nicht wundern, wenn die bürgerliche Presse darauf hinweist, daß der Vorkämpfer der „Enterbten" selbst ein Kapital angesammelt habe. Kardinal Kopp hat nicht einmal eine Million Mark hinterlassen; er hat die anderen Einkünfte zu guten Zwecken verwandt.

Abg. Adolf Hoffmann (Soz.):

Ich hatte kaum von „großen Vermögen der katholischen Kirche" gesprochen, da wurde mir aus dem Zentrum zugerufen: „Bebels Vermögen". Wenn man als deutscher Bischof aus österreichischen Kirchengeldern, wie sie selbst zugegeben, jährlich 860 000 Mark bezieht, ist es glaubhaft, daß man 7 Millionen Mark hinterlassen kann.

Das Kapitel wird bewilligt. Es folgt das Kapitel „Provinzialschulkollegien".

Abg. Eickhoff (Wp.):

Die Provinzialschulkollegien sollten auf die städtischen Kuratorien dahin wirken, daß in erster Linie preußische Oberlehrer angestellt werden. Für Benutzung der Schulbücher sollte größere Einheitlichkeit durchgeführt werden.

Abg. Dr. Blankenburg (Natl.):

Dem Oberlehrer Dr. Mugler ist in Siegen der Religionsunterricht entzogen worden, weil er von den Christlichsozialen als Irrlehrer bezeichnet worden war, und eine Broschüre geschrieben hatte, die er dem Provinzialschulkollegium eingesandt und ohne irgendwelche Bemerkung zurückerhalten hat. Erfreulicherweise sind Eltern und Schüler für ihren Lehrer eingetreten. Es ist ein Krebsschaden für unsere Oberlehrer, wenn immer wieder der Beamtencharakter betont wird. Für einen Oberlehrer, der nicht nur pädagogischer Tagelöhner sein will, ist es sehr schmerzlich, wenn ihm der Religionsunterricht entzogen wird. Angesichts des Erlasses aus Münster, daß der Religionsunterricht nach Möglichkeit von Geistlichen erteilt werden sollte, haben die Oberlehrer alle Ursache, auf der Hut zu sein.

Kultusminister von Trott zu Solz:

Der Vorredner hat einen Fall aus Siegen vorgetragen und mich um ein beruhigendes Wort gebeten. Dazu bin ich gern bereit. Der Vorredner hat den Fall aus Siegen doch nicht so aufgefaßt, wie er aufgefaßt werden müßte. In Siegen war eine große Erregung entstanden, beide Männer, der Oberlehrer und der Pfarrer, geben Religionsunterricht und standen im Vordergrund der nun einmal entstandenen Debatte. Ich will dem Oberlehrer nicht den Vorwurf machen daß er sich selbst in den Vordergrund gestellt hat, aber er stand doch nun mal darin. Eine größere Vorsicht wäre wohl am Platze gewesen, und nur deshalb ist das Provinzialschulkollegium eingeschritten. Einwendungen gegen seinen Religionsunterricht bestanden nicht. Man hat ihm nur deshalb einen anderen Unterricht gegeben, weil er in den öffentlichen Streit hineingezogen war. Das darf ein Oberlehrer nicht; das Provinzialschulkollegium war im Recht.

Abg. Dr. Traub (Wp.):

Trotz der Erklärungen des Ministers muß ich über diesen Fall auch noch ein Wort reden. In Frage steht allein das zwangsweise Verfahren gegen den Herrn. Der Ausschluß vom Religionsunterricht wirkte wie ein Disziplinarverfahren, wenn es das auch nicht sein sollte. Dem Oberlehrer hätte doch die Möglichkeit gegeben werden sollen, Einsicht in die Klage zu nehmen und sich zu verteidigen. Bedenklich ist, daß jetzt in den Zeitungen der Religionsunterricht so oft angegriffen wird.

Abg. Dr. Heckenroth (Kons.):

Das Provinzialschulkollegium konnte in diesem Fall gar nicht anders handeln. An der Beunruhigung in Siegen trug Herr Mugler selbst die Schuld; er hat sich selbst an die Spitze der Bewegung „Freunde der evangelischen Freiheit" gestellt, die nach den Vorträgen von Traub in Siegen eine Ortsgruppe gegründet hatte. Der Pfarrer hätte seine Pflicht verletzt, wenn er zugunsten der von ihm unterrichteten Kinder nicht eingegriffen hätte. Der Pfarrer hielt Dr. Mugler für einen Irrlehrer, da er den Boden der Reformation verlassen hatte. (Unruhe links.) Auch das Buch Muglers enthält viele bedenkliche Stellen über die Heilstatsachen. Da war die Beunruhigung in Siegen begreiflich, da Siegen stets ein Hort des evangelischen Glaubens gewesen ist. Wir danken dem Konsistorium in Münster, daß es hier ein Einschreiten veranlaßt hat. Denn es ist doch ein unerträglicher Gedanke, daß der Religionsunterricht das einreißen darf, was der Katechismus aufbaut. Auch die Synode in Siegen hat sich für den Pfarrer und gegen den Oberlehrer ausgesprochen.

Abg. Dr. Friedberg (Natl.):

Wie kommt Herr Heckenroth dazu, die Grenzen für die Lehrfreiheit zu bestimmen? Gegen diesen Versuch muß ich energisch protestieren, es ist auch ganz unprotestantisch, solche Grenzen festzustellen. Die Rede des Ministers hat bei meinen Freunden eine peinliche Ueberraschung hervorgerufen. An den Sturm- und Drangversammlungen in Siegen hat Dr. Mugler gar nicht teilgenommen, auch an seinem Unterricht war nichts auszusetzen — trotzdem aber kommt der Minister zu dem Schluß, daß ihm Recht geschehen sei. Die Bemerkungen des Vorredners waren ganz überflüssig, es ist doch ganz selbstverständlich, daß ein Lehrer nur das lehrt, was der Lehrplan vorsieht. Auch ein Universitätslehrer darf ein Kolleg über Politik nicht nach seiner eigenen persönlichen Anschauung vortragen. Hält etwa Herr Heckenroth auch Harnack für ungeeignet für die Jugend? Den Pfarrer hat Herr Heckenroth sehr gelobt, ob er dessen Personalakten kennt? Ich habe heute zum erstenmal an dem Minister die Objektivität vermißt, die wir sonst immer so an ihm geschätzt haben. (Beifall links.)

Minister v. Trott zu Solz:

Ich glaube, wenn ich in irgendeinem Falle meine Objektivität bewiesen habe, so ist es in diesem Falle gewesen. Objektiver kann man überhaupt nicht sein. Der Abgeordnete Dr. Friedberg hat aber meine Ausführungen ganz anders dargestellt, als ich sie gemacht habe und hat dann daraus seine Schlüsse gezogen. Ich habe durchaus nicht gesagt, daß der Oberlehrer nicht beteiligt gewesen ist an der öffentlichen Diskussion. Ich habe im Gegenteil gesagt, er ist sehr lebhaft dabei beteiligt gewesen, er hat im Vordergrunde gestanden. Ich habe nur hinzugefügt, ich wollte es nicht untersuchen, ob er dies aus freiem Antrieb getan hätte oder ob die Verhältnisse ihn dazu gedrängt hätten. Ich habe ferner gesagt, daß ein Oberlehrer in solchen Sachen Zurückhaltung üben müßte, und dabei muß ich bleiben. Das Provinzialschulkollegium ist durchaus im Recht gewesen. Es hat durchaus eine verständige Maßregel getroffen. Daß dem betreffenden Oberlehrer dies unangenehm ist, begreife ich. Aber schließlich müssen die allgemeinen Interessen vorgehen und hinter den persönlichen zurücktreten. Anders, wie ich den Fall aufgefaßt habe, kann man ihn überhaupt nicht auffassen, wenn man objektiv sein will. Ich habe außerdem doch überhaupt nicht in einer schroffen Form, sondern sehr ruhig und in rücksichtsvoller Weise gesprochen. Ich kann daher nicht zugeben, daß ein Grund zur Beschwerde vorhanden ist.

Abg. Wildermann (Zentr.)

beschwert sich darüber, daß in Münster jedes Jahr ein neuer Schulrat komme und verlangt strengere Anforderungen für die Privatschulen. Dem Wunsche des Abg. Traub nach Einführung des gemeinschaftlichen Unterrichts, der Koedukation, muß ich entschieden widersprechen. Hier heißt es: principiis obsta! Aus Amerika kommen geradezu Notschreie über diesen gemeinschaftlichen Unterricht, da er große sittliche und physische Schäden zur Folge gehabt hat. Bedauerlich ist es, daß in die Bibliotheken rheinischer Gymnasien Bücher eingestellt werden, die die religiösen Gefühle der Katholiken verletzen und sittlich schädigend wirken. Es waren dies Bücher von Konrad Ferdinand Meyer und Gottfried Keller! (Unruhe links.) Es ist falsch, wenn man Bücher, die die Mißstände in der Kirche besprechen, in die Hände katholischer und, das Unglück ist dabei noch größer, evangelischer Kinder legt. Das Provinzialschulkollegium hat die Novellen nicht verboten, sondern für die Oberprima reserviert! Auch die Einstellung der „Deutschen Geschichte" den Einbart in Schulbibliotheken muß erboten werden. Der „Ansang", der von Dr. Bynecken herausgegeben wird, darf nicht in die Hände der Jugend gelangen.

Gelegentlich des freideutschen Jugendtages auf dem Hohen Meißner ist eine Festschrift erschienen „Freideutsche Jugend", in der es heißt: „Weg vom Christentum, von der Antike und vom Konfessionalismus!" Das ist ja fast sozialdemokratisch! Diese Herren verlangen eine freie und ideale Jugend: wir wollen die Jugend in Demut und Bescheidenheit erziehen. Der Minister sollte sich ebenso wie alle Eltern gegen den Geist dieser und ähnlicher Bewegungen wenden. (Lebhafter Beifall im Zentr., Lachen links.)

Kultusminister v. Trott zu Solz:

Gerade auf dem Gebiete der Jugendbewegung sind neuerdings viele Kräfte tätig, und es ist recht Erfreuliches geleistet worden. Daß sich dabei auch radikale Elemente, destruktive Elemente, zur Geltung zu bringen suchen, kann nicht verwundern. Aber ich habe doch zu unserer Jugend das Vertrauen, daß es den radikalen Elementen nicht gelingen wird, unter ihnen die Oberhand zu gewinnen. Schon jetzt machen sich deutliche Zeichen bemerkbar, wie von diesen Einflüssen und Versuchen abgerückt wird. Und das ist hocherfreulich, daß die Reaktion aus der Jugend heraus selbst kommt und daß die Jugend einsieht, daß das alles, was die Radikalen wollen, nur dummes Zeug ist.

Der Zeitschrift „Der Anfang" ist wirklich zuviel Ehre angetan worden, man sollte sie einfach der Lächerlichkeit preisgeben. Dr. Bynecken hat ja schon eine Zeitschrift herausgegeben „Das Ende". Ein Herr hat versucht, sich den „Anfang" zu beschaffen, hat aber drei Wochen lang darauf warten müssen. Ich glaube, der „Anfang" hat schon sein „Ende" gefunden. (Heiterkeit!) Das hindert aber nicht, daß allen diesen Angelegenheiten auch von Unterrichtsseite die allergrößte Aufmerksamkeit zuteil wird. Das ist bisher geschehen und wird weiter geschehen. An dem Freideutschen Jugendtag auf dem Hohen Meißner haben nur wenige Schüler teilgenommen, die Mehrzahl war schon aus der Schule entlassen und eine einmütige Stellungnahme ist auf jener Tagung nicht erfolgt. Auch dort sind unzweifelhaft Leute gewesen, die vom besten Willen für die Jugend beseelt sind, neben anderen, die radikale, destruktive Tendenzen haben. Ich glaube aber, daß die Klärung auch da schon eingetreten ist. Natürlich muß auch bei der Zusammensetzung der Schülerbibliotheken die nötige Rücksicht auf die katholische Kirche genommen werden, ebenso auf die evangelische. Das geschieht auch, aber allzuweit kann und soll man da gewiß nicht gehen. Der von ihm vorgetragene Einzelfall ist mir noch nicht bekannt, ich kann mich dazu noch nicht äußern, aber den grundsätzlichen Forderungen des Vorredners stimme ich zu.

Das Kapitel wird bewilligt; ebenso ohne Debatte das Kapitel „Prüfungskommissionen". Es folgt das Kapitel

Universitäten und Charité-Krankenhaus in Berlin.

Ausgeschieden und einer besonderen Besprechung vorbehalten werden die Fragen der theologischen Fakultät an der Universität Frankfurt und der Auslandshochschule, zu der nach einem Antrag Dr. Hager (Zentr.) das orientalische Seminar in Berlin ausgebaut werden soll.

Es liegen Anträge vor der Abgg. Aronsohn u. Gen. (Sp.) auf Errichtung eines Lehrstuhles für Tropenpathologie, der Abgg. Dr. Runge u. Gen. (Sp.) auf Schaffung eines Ordinariats für prähistorische Forschung, der Abgg. Viereck u. Gen. (Freik.) auf Errichtung eines Lehrstuhls für osteuropäische Geschichte und Landeskunde an der Universität Breslau, der Abgg. Graf v. d. Groeben u. Gen. (Kons.) auf Schaffung der erforderlichen Erleichterungen an der Universität Berlin zur Pflege der das Ausland betreffenden Wissenschaftsgebiete.

Abg. von der Osten (Kons.):

Die staatlichen Honorare der Professoren sind in den letzten Jahren ganz erheblich gestiegen. Die sogenannten Abteilungsvorsteher haben sich mit einer Petition an uns gewandt und um Beseitigung einiger Ungleichheiten, die für sie noch bezüglich der Honorare und der Ehrenrechte bestehen, gebeten. Auch bezüglich der Kündigung haben sie einige Wünsche geäußert, obwohl die preußische Regierung hier viel liberaler zu sein scheint als die Kaufmannschaft Berlin, die in brüskerWeise dem Direktor der Handelshochschule, Prof. Jastrow, gekündigt hat. Ich empfehle dem Minister, dem Wunsche dieser Herren nach Möglichkeit entgegenzukommen, ebenso den Wünschen der Extraordinarien, die hier schon wiederholt vorgetragen sind. Mit der Erteilung von Lehraufträgen sollte die Regierung etwas vorsichtiger vorgehen. Es wird gesagt, daß der Lehrstuhl des Prof. Dr. Wagner einem jüngeren Herrn von ausgesprochener kathedersozialistischer Richtung übertragen werden sollte. Das würden wir sehr bedauern.

Wir bedauern es sehr, daß ein so verdienter Mann wie Prof. Wagner sein Amt wegen seines hohen Alters in Kürze niederlegen muß. Ich meine aber, der Staat hat ein großes Interesse daran, in welcher Weise die jüngeren Nationalökonomen unterrichtet werden. Auch die Industrie hat sich wiederholt schon gegen den Kathedersozialismus ausgesprochen, ich erinnere an den Bericht der Handwerkskammer in Cöln. Auf den Lehrstühlen der Nationalökonomie hat der Liberalismus das Heft in der Hand. Denken Sie an Brentano! Die Einseitigkeit ist jedoch die größte Gefahr für die Wissenschaft. Die Regierung sollte daher die verschiedensten Richtungen berücksichtigen. Es gibt auch unter den Kathedersozialisten Leute, die weiter rechts, z. B. in der Schutzzollfrage, stehen. Es ist in der Tat heute schwierig, Nationalökonomen zu finden, die mit den Kathedersozialisten nicht irgend wie liiert sind. Wir glauben, daß trotzdem eine unparteiische Besetzung der Lehrstühle möglich ist. Das liegt nicht nur im Interesse der Nation, sondern auch der Universitäten. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Faßbender (Ztr.):

Ich stimme darin mit dem Vorredner überein, daß der Kathedersozialismus eine Gefahr bedeutet. Verlangt müssen Lehrstühle für historische kontrastive Wissenschaft werden, damit das Interesse für die christliche Liebestätigkeit bei den Gebildeten geweckt wird. Diese Lehrstühle könnten der theologischen Fakultät angegliedert werden, da sich die jungen Theologen besonders dafür interessieren. Wünschenswert wäre es, wenn ein Theologe Vorlesungen für alle Fakultäten über Religionswissenschaften hielte. Auch in diesem Jahre möchte ich den Minister bitten, den Tierärzten, die in der Schweiz promoviert haben, die Führung des Titels Dr. med. vet. zu gestatten. Es handelt sich doch nur um eine kleine Anzahl von Herren.

Abg. Dr. Lohmann (Natl.):

Die Zahlen des Etats beweisen, daß die Universitäten reich ausgestattet sind. Sehr unrichtig ist die Behauptung der Sozialdemokraten, daß nur die Söhne reicher Leute studieren. Die Wünsche der Extraordinarien und Privatdozenten nach Verbesserung ihrer Lebensstellung sollte man nach Möglichkeit berücksichtigen. Ganz können diese Wünsche allerdings nicht erfüllt werden. Aber viele dieser Wünsche, wie die Beteiligung an der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140501016/fragment/page=0001

Rektorwahl, die Mitarbeit an der Herstellung der Lehrpläne, die Mitbenutzung der Lehrmittel, lassen sich doch leicht erfüllen. Ferner sollte man den Extraordinarien, die längere Zeit schon der Universität angehört und den Beweis ihres Könnens erbracht haben, beratende Stimme in den Fakultäten geben. Auch die Wünsche der Abteilungsdirektoren auf Ergänzung ihres Honorars halten wir für berechtigt. Ob die Universitätsverwaltungen einen Einfluß auf eine Besserung der Studentenwohnungen ausüben können, erscheint mir zweifelhaft. Das muß Sache der Städte und der Studenten selbst sein. Die Bitte der in der Schweiz promovierten Tierärzte, den Dr. med. vet. auch in Deutschland führen zu dürfen, kann ich nur unterstützen.

Abg. Dr. Rewoldt (Freikons.):

Ich kann die Anregung des Herrn v. b. Osten nur unterstützen, daß bei der Besetzung nationalökonomischer Lehrstühle die verschiedenen Richtungen berücksichtigt werden. Der Auslandsunterricht muß gefördert werden, ebenso die Pflege slavischer Sprachen auf den Universitäten Königsberg und Breslau.

Hierauf vertagte das Haus die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr.

Schluß 5¼ Uhr.

Mb. Deutscher Reichstag.

245. Sitzung, Donnerstag, den 30. April.

Am Tische des Bundesrats: Delbrück, Kraetke, Kühn.

Vizepräsident Dr. Paasche eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Min.

Eingegangen ist das Rennwettgesetz.

Die mecklenburgische Verfassungsfrage.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die sozialdemokratische Interpellation über die Vorlegung eines Verfassungsentwurfs für die mecklenburgischen Großherzogtümer.

Die Interpellation lautet:

Ist der Reichskanzler bereit, dem Reichstag einen Verfassungsentwurf für die mecklenburgischen Großherzogtümer vorzulegen, in dem für die Wahlen zur Volksvertretung das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht vorgesehen ist?

Staatssekretär Dr. Delbrück erklärt sich bereit, die Interpellation heute zu beantworten.

Abg. Herzfeld (Soz.)

begründet die Interpellation. Trotz aller Verhandlungen und Reformbestrebungen besteht heute noch das alte ständische mecklenburgische Grundgesetz, während in allen anderen Staaten moderne Verfassungen erlassen sind. Allen Versuchen des Reichstages gegenüber, hier einzugreifen, hat sich der Bundesrat ablehnend verhalten. Die mecklenburgische Regierung selbst hat schon die Hoffnung aufgegeben, daß mit Hilfe des Bundesrates und Reichstages endlich eine Verfassung zustande kommt, nachdem alle Verfassungsentwürfe von den Ständen verworfen worden sind. Der Großherzog hat schließlich sich entschlossen, eine Verfassung dem Lande aufzuoktroyieren, falls auch ein letzter Versuch einer Verfassungsreform am Widerstand der Stände scheitert. Hätte sich die Reichsregierung hinter den Großherzog gestellt, so wäre die Verfassung in Kraft getreten. Aber die Reichsregierung hat sich gegen eine Oktroyierung erklärt und so ist sie unterblieben. Die Machtlosigkeit des Landesherrn gegenüber den Ständen ist noch niemals so deutlich zutage getreten. Jetzt muß der Reichstag helfend eintreten.

Eine vernünftige Steuergesetzgebung wird durch diese Stände verhindert, und der Organisator der Niederlagen der mecklenburgischen Großherzöge wurde nachher Premierminister. Wie bezeichnend ist der Fall des Landrats v. Maltzan-Maltzow, der einen Gerichtsvollzieher beleidigte und den man mit allen Mitteln der gerichtlichen Klage zu entziehen suchte. Diese Zustände sind gänzlich unhaltbar. Auf den Gütern der Stände ist die Bevölkerung in den letzten hundert Jahren zurückgegangen, während die Bevölkerung des Reiches seitdem um 265 Prozent zugenommen hat. Ist das Deutsche Reich dazu da, Uganda zu kultivieren und sich nicht um Mecklenburg zu kümmern? Die Eisenbahnen sind völlig rückständig, ebenso die Schulen. Galizier, Polen und Ruthenen arbeiten auf den Gütern. Hier muß das Reich helfend eingreifen. Wir verlangen das Reichstagswahlrecht und rechnen dabei auf die Unterstützung der Liberalen. Der Bundesrat kommt immer nur mit leeren Ausreden. Die föderative Grundlage des Reichs fordert gerade, daß auch Mecklenburg eine Verfassung erhält. Wir erwarten, daß die Mehrheit des Reichstags hinter uns steht. Die Zuständigkeit der Reichsgesetzgebung ist über allen Zweifel erhaben. Auf Jahrzehnte hinaus ist an eine Verfassung in Mecklenburg nicht zu denken, wenn der Reichstag nicht hilft. Es ist eine politische Schmach für Deutschland, wenn jetzt nichts geschieht. Es gibt kein Land in Europa, in dem so traurige Verhältnisse herrschen wie in Mecklenburg, wo die Bevölkerung völlig rechtlos ist. Der Reichstag muß helfen. (Beifall der Soz.)

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Der Standpunkt der Verbündeten Regierungen zur mecklenburgischen Verfassungsfrage ist in diesem Hause wiederholt dargelegt worden. Ich habe selbst Anfang 1910 und Ende 1912 die Ehre gehabt, hier darüber Ausführung zu machen. Der Standpunkt der verbündeten Regierungen hat sich seitdem nicht geändert. Der Reichskanzler ist daher in voller Uebereinstimmung mit der Auffassung sämtlicher Bundesregierungen nicht in der Lage, der in der Interpellation gegebenen Anregung zu entsprechen. (Bravo! rechts.)

Mecklenburgischer Gesandter Freiherr von Brandenstein:

Ich kann mich der oben abgegebenen Erklärung namens meiner Regierung nur anschließen und bemerke im Gegensatz zu den Ausführungen des Abgeordneten Dr. Herzfeld, daß die großherzoglichen Regierungen wie früher so auch heute auf dem Standpunkte stehen, daß ein Eingreifen des Reiches in die Verfassungsverhältnisse eines Einzelstaates nicht erwünscht ist. Ich würde mich mit dieser Erklärung begnügen können, wenn sich nicht doch in den Ausführungen des Abg. Herzfeld eine ganze Reihe von Ausführungen befände, die meines Erachtens die tatsächliche Lage in Mecklenburg nicht richtig wiedergeben. Ich kann nicht auf alle Einzelheiten eingehen, möchte nur ein Beispiel anführen. Wenn der Abgeordnete sich darüber beschwert, daß in Mecklenburg eine Steuerreform nicht zustande gekommen ist, und zwar durch die Stände, so stelle ich fest, daß eine solche eingeführt ist ganz gleichartig derjenigen in Preußen. Das ist doch ein wesentlicher sozialer Fortschritt. (Sehr richtig! rechts.) Das wird auch in Mecklenburg durchaus als solcher angesehen. Wenn der Abgeordnete ferner die mecklenburgischen Eisenbahnen besonders tadelt, so glaube ich an dieser Stelle auch darauf nicht zurückkommen zu sollen. Das wird Sache der mecklenburgischen Eisenbahnverwaltung sein. Daß der Fall von Maltzahn hier zur Sprache käme, habe ich nicht erwartet, ich habe die Akten nicht hier. Soviel ich mich erinnere, hat der Abgeordnete den Sachverhalt doch auch nicht ganz richtig dargestellt.

Der Landrat v. Maltzahn war auf das Gericht nach Güstrow zitiert worden, um dort vernommen zu werden. Er ist da hereingekommen und hat — ich gebe das ohne weiteres zu — ein bißchen derb, sich zu einer unrichtigen Aeußerung hinreißen lassen: Von einem solch jungen Mann lasse ich mich nicht vernehmen! (Na ja! bei den Soz., Unruhe.) Es ist dann weiter von dem Beamten ein Strafantrag gestellt worden und es wurde gewünscht, daß der übliche Ausgleich geschaffen werde. (Unruhe bei den Soz.) Das ist ja sogar vorgeschrieben. Es wurde angeregt den Strafantrag zurückzuziehen und der Gerichtssekretär wurde angewiesen von seiner Behörde, danach zu verfahren. (Ört! Hört bei den Soz. Unruhe.) Es kommt doch nur darauf an, ob ein öffentliches Interesse für eine solche Klage vorliegt, nur in einem solchen Falle braucht die Beleidigung verfolgt zu werden. (Unruhe bei den Soz.)

Der Chef der Justizverwaltung ist der Ansicht gewesen, daß es nicht vorlag. Lediglich aus diesem Grunde hat er die Verfügung getroffen. Das Privatklageverfahren ist aber seinem Weg gegangen und in den letzten Tagen durch einen Vergleich entschieden worden, in dem der Landrat anerkannte, daß er zu weit gegangen sei. Damit ist die Sache erledigt, daraus kann der Justizverwaltung kein Vorwurf gemacht werden. (Lebhafte Unruhe bei den Soz.) Ich bin nun der Ansicht (Zuruf bei den Soz.: Echt mecklenburgisch! Unruhe). Der Chef der Justizverwaltung ist der Ansicht, daß er hier das Rechte tut. (Lachen bei den Soz.) Dann hat der Abgeordnete geklagt, es gebe in der Ritterschaft keine Fortbildungsschulen. Ja haben Sie denn auf den Rittergütern in Preußen Fortbildungsschulen? Sie finden sich doch wohl bloß in den Städten. Auf diese Ausführungen kann ich mich bloß beschränken. (Unruhe bei den Soz. Beifall rechts.)

Auf Antrag des Abg. Haase (Soz.) wird die Besprechung der Interpellation beschlossen.

Abg. Dr. Spahn (Zentr.):

Ich kann nur die Erklärung wiederholen, die wir schon bei früheren Angelegenheiten abgegeben haben. Wir haben an sich den Wunsch, daß Mecklenburg eine Verfassung erhält. Wir halten aber den Reichstag nicht für zuständig, aus sich heraus einen solchen Antrag zu stellen. Wenn wir vom Bundesrat eine Vorlage bekommen (Zuruf der Soz.: Die verlangen wir ja!), dann werden wir dafür sein. Wir halten aber den Reichstag nicht für befugt, darauf hinzuwirken, daß die Vorlage eingebracht wird.

Abg. Roland-Lücke (Natl.):

Im Namen meiner politischen Freunde habe ich zu erklären: Wir haben den lebhaften Wunsch und die Pflicht, die Aufmerksamkeit des Reichstags auf den mecklenburgischen Notstand zu lenken und eventuell die Unterstützung des Reichstags zur Beseitigung dieses Notstandes zu erwirken. Der Inhalt der jetzigen Interpellation ist allerdings nicht geeignet, die Wünsche, Mecklenburg zu einer angemessenen Verfassung zu verhelfen, vorwärts zu bringen. Aus diesem Grunde sind wir augenblicklich nicht in der Lage, in eine Erörterung hierüber einzutreten. Wir behalten uns vielmehr vor, anläßlich eines nächsten von uns einzubringenden weiteren anderen Antrags näher auf die Sache einzugehen.

Abg. Dr. Wendorff (Wp):

Die Antwort des Staatssekretärs kann uns nicht befriedigen, und die Antwort des mecklenburgischen Vertreters steht im Gegensatz zu gewissen Aeußerungen führender Männer in Mecklenburg-Strelitz. Dort hat man ein Eingreifen des Reichstags geradezu gewünscht. Es geht in Mecklenburg so nicht mehr weiter. Diese treue deutsche Bevölkerung hat Anspruch auf eine Beteiligung an der Verwaltung. Die mecklenburgische Rückständigkeit ist leider sprichwörtlich geworden in Deutschland. Dieses prachtvolle Volk, dieses herrliche Land tut uns bitter leid, daß es nicht zu seinem Rechte kommen kann. Ich erinnere da an einen Fall, der unseren Kollegen Sivkovich betrifft. Seine Kollegen haben als Lehrer eine Gehaltszulage bekommen, er nicht, da seine Kollegen mit seiner Vertretung zu viel zu tun hätten. Mecklenburg kann nur zu seinem Rechte kommen, wenn der Reichstag hilft. Es ist für uns eine heilige Pflicht, für eine Verfassung Mecklenburgs zu kämpfen.

Abg. Dr. v. Graefe (Kons.):

Der Streit um die mecklenburgische Verfassung ist so alt wie die Reichsverfassung selbst. Eine Einmischung des Reichstags würde dem föderativen Grundcharakter des Reiches nicht entsprechen. Das war stets und ist auch heute noch unser Standpunkt. Der Begründer der Interpellation hat nicht bewiesen, daß der Reichstag zuständig ist. Das ganze Mecklenburgische Volk würde eine solche Einmischung als eine Erniedrigung betrachten. (Lachen links.) Bei dieser Interpellation handelt es sich anscheinend um einen Bruderzwist zwischen Sozialdemokraten und Demokraten. Man will den Liberalen bei den Wählern das Wasser abgraben. Ich werde an der richtigen Stelle für eine wirklich gesunde Entwicklung der mecklenburgischen Verfassung wirken trotz der Abneigung mancher meiner Freunde.

Abg. Sivkovich (Wp.):

Die Stände treiben eine Machtpolitik sans gêne. Sie sagen immer: Nun gerade! Die sozialdemokratische Interpellation hat keine Aussicht auf Erfüllung. Unsere Anträge sind viel sachgemäßer und praktischer. Regierung und Reichstag sind gleichberechtigt. Darum bedauern wir die Zurückhaltung des Zentrums. Die mecklenburgische Regierung verhielt sich nicht immer so ablehnend wie heute. Andeutungen des Herrn v. Wassewitz lauten anders. Das mecklenburgische Volk läßt sich durch Herrn v. Graefe nicht täuschen. Das Reich ist kompetent. Unsere mecklenburgische Heimat verdient eine zeitgemäße Verfassung.

Abg. Herzfeld (Soz.):

Es ist sehr bemerkenswert, daß der Leiter der Zentrumspartei eines der wichtigsten Rechte des Reichstags glatt preisgibt. Es ist unser Recht, den Bundesrat vorwärts zu treiben! Wie wollen denn die Liberalen die Verfassung in Mecklenburg durchführen? Ohne den Reichstag geht es nicht. Die einzige Rettung Mecklenburgs ist die Sozialdemokratie. Der Reichstag, der nicht vorwärts kommt und sich mit solchen Redensarten begnügt, ist weiter nichts als eine Schwatzbude.

Vizepräsident Dr. Paasche:

Sie dürfen den Reichstag nicht Quatschbude nennen. (Heiterkeit.) Ich rufe Sie zur Ordnung.

Abg. Herzfeld (Soz.):

Ich sprach nur von einer Schwatzbude. Der Reichstag soll endlich Taten zeigen.

Damit ist die Interpellation erledigt. Einige Rechnungssachen werden ohne Aussprache erledigt.

Die Postdampfschiffsverbindungen mit überseeischen Ländern.

Es folgt die erste Lesung eines Gesetzes über die Postdampfschiffsverbindungen mit überseeischen Ländern.

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Die Stellungnahme des Reiches zu den Dampfersubventionen hat sich etwas geändert. Die Gründe, die dazu geführt haben, sind im wesentlichen wirtschaftlicher Natur. Die Subventionen bestehen jetzt etwa 30 Jahre, und bevor die verbündeten Regierungen jetzt mit einer neuen Vorlage kamen, mußten sie prüfen, ob die wirtschaftlichen Voraussetzungen, die zu den Subventionen geführt haben, noch bestehen. Danach hieß es weiter: ob und in welchem Umfange die bestehenden Linien vervollkommnet werden sollen, und in welchem Umfange, entsprechend diesen Erwägungen, die Subvention ermäßigt und erhöht werden sollte. Wir sind deshalb mit den Reedereien und in erster Linie mit dem ersten Unternehmer, mit dem norddeutschen Lloyd, in Verhandlung getreten. Die erste Frage war, ob die Verbindungen hinwegen oder ob sie zu verbessern und zu vermehren sind, und weiter, ob der Einfluß der Reichsleitung auf den Betrieb der Linien zu entbehren oder aufrecht zu erhalten oder abzuschwächen sei. Auf eine Anregung des Reichstages sind wir dem Gedanken einer Ausschreibung näher getreten. Unmittelbar darauf gab auch die Hamburg-Amerika-Linie, die in den Postdampferdienst nach Ostasien hereinkommen wollte, Anregung zu einer solchen Ausschreibung.

Auf Grund dieser Verhandlungen wurde dann eine Art beschränkter Submission ausgeschrieben, mit dem Ergebnis, daß sämtliche Angebotsgesuchen, mit Ausnahme der Hamburg-Amerika-Linie, die Abgabe von Geboten ablehnten. Die Hamburg-Amerika-Linie erklärte eine Subvention für Ostasien nicht für erforderlich und wollte vom 1. Oktober d. J. ab monatliche Fahrten nach Ostasien ohne Reichshilfe einführen. Damit konnte eigentlich das bisherige Subventionssystem für Ostasien in Wegfall kommen, zumal auch der Bremer Lloyd aus dem Angebot der Hamburg-Amerika-Linie die Konsequenzen zog und auch seinerseits auf die Subvention verzichten wollte. Ein solches Angebot ist kein Wunder, wenn man die Verschiebung der wirtschaftlichen Verhältnisse seit 1886 betrachtet. Die Erwägungen, die damals Bismarck veranlaßten, die Vorlage zu machen, gingen dahin, überhaupt erst die Grundlagen für feste wirtschaftliche Beziehungen mit Ostasien zu schaffen. Inzwischen ist aber der Verkehr von 48 Millionen auf über 391 Millionen gestiegen. Bei dieser glänzenden Entwicklung des Verkehrs ist ein Verzicht auf die Subvention erklärlich. Auch die Rentabilität jener Linien ist günstiger geworden. Daher müßte versucht werden, ob sich auch nicht mit geringerer Subvention ein entsprechender Dienst aufrecht erhalten läßt, um so mehr als wir durch den Verzicht auf die Subvention unseren Einfluß auf die Gestaltung des ostasiatischen Dienstes nicht aufzugeben brauchten.

Der Lloyd hat sich bereit erklärt, mit dem Reich einen entsprechenden Vertrag abzuschließen. Die Bedingungen sind etwas freier gestaltet worden, und namentlich erschien es zunächst bedenklich, daß das Reich auf die ihm zustehende Genehmigung der Tarife verzichten solle. Aber der Lloyd hat bisher nur solche Veränderungen vorgeschlagen, die sämtlich nachher genehmigt wurden. Wir glauben also, daß der Postdampferdienst in Ostasien auch ohne Subvention in einer den Bedürfnissen des Reiches entsprechenden Weise fortgesetzt entwickelt werden kann und wird. Etwas anderes ist es mit den australischen Linien. Auch hier sollten 1886 nur Grundlagen für neue regelmäßige Handelsbeziehungen geschaffen werden. Und in der Tat ist der Verkehr seitdem von 26 auf 116 Millionen gestiegen. Diesen Verkehr bewältigen in der Hauptsache zwei deutsche Frachtdampfer-Linien, der Norddeutsche Lloyd und die Deutsch-Ostasiatische Dampfschiffahrts-Gesellschaft.

Es ist kein Zweifel, daß die subventionierten Linien auf die Entwicklung des Verkehrs großen Einfluß gehabt und dadurch, daß sie regelmäßig die deutsche Postdampferflagge in den australischen Gewässern zeigten, das Ansehen der deutschen Schiffahrt und des Reiches gemehrt haben. Im übrigen hat aber die australische Subvention die auf sie gesetzte Erwartungen nicht erfüllt. Es konkurrieren zwei große englische Gesellschaften mit erstklassigen Schiffen, die schneller und öfter fahren als die unserigen. Schließlich muß der Verkehr auf sie überwandern. Es ist auch zu bemerken, daß die deutschen Postdampfer überwiegend von ausländischen Passagieren besetzt sind. In Australien kommt nur noch in Frage, ob wir die Linie aufgeben oder erheblich höhere Mittel gegenüber dem englischen Dienst einstellen. Wir erwarten, daß die Vorlage dem Interesse des Reiches und der Handelswelt dienen wird.

Auf Antrag des Abg. Dr. Spahn (Zentr.) wird die Vorlage ohne Aussprache an die Budgetkommission verwiesen.

Der Schutz des menschlichen Lebens auf See.

Es folgt die erste Beratung des internationalen Vertrags zum Schutze des menschlichen Lebens auf See.

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Das furchtbare Unglück der Titanic vor zwei Jahren hat die Anregung zu diesem Vertrage ergeben. Die Katastrophe hat also die eine wohltätige Folge gehabt, daß eine Reihe von Vorschlägen zur Verhinderung künftiger ähnlicher Fälle gemacht worden sind. Man hat eine Konferenz eingesetzt. Das Ergebnis ihrer Beratungen ist dieser Vertrag. Der Vertrag zielt auch dahin, die Schwierigkeiten, die der deutschen Schiffahrt im Auslande durch das dortige Recht gemacht werden, zum Teil zu beseitigen. Die Aufgaben der Konvention waren von vornherein beschränkt auf die Passagierschiffahrt. Die Fragen der Frachtschiffahrt wurden ausgeschaltet, weil man sonst überhaupt nichts erreicht hätte. Zu Sicherung der Seefahrt soll ein internationaler Dienst zur Beobachtung des Eises geschaffen werden. Die zur Durchführung des Vertrages erforderlichen Vorlagen werden rechtzeitig dem Reichstage zugehen.

Abg. Schumann-Forst (Soz.):

Grundsätzlich kann man mit dem Vertrage einverstanden sein. Aber es ist schlimm genug, wenn die Reeder erst durch solche Unglücksfälle an ihre Pflicht erinnert werden müssen. Hätte es sich nur um Zwischendeckpassagiere gehandelt, dann wäre es zu dieser Reformation wohl gar nicht gekommen. (Oho-Rufe.) Die Reeder betrachten die ganze Sache nur rein geschäftsmäßig. Wir bedauern lebhaft, daß die Regierung die Vertreter der seemännischen Arbeiter nicht mehr berücksichtigt hat. Andere Länder haben die Führer der Arbeiter zur Konferenz zugezogen, nur Deutschland nicht. Wir brauchen ein Reichsschiffahrtsamt.

Ein Vertagungsantrag wird angenommen.

Präsident Dr. Kaempf beraumt die nächste Sitzung auf Freitag 2 Uhr pünktlich: Kurze Anfragen, Getreidestatistik, Aenderung des Gesetzes betreffend die Schuldverschreibungen, vorher Fortsetzung der Beratung des Vertrags zum Schutze des menschlichen Lebens auf See.

Eine Geschäftsordnungsdebatte

Abg. Scheidemann (Soz.):

Ich beantrage, die Sitzung morgen ausfallen zu lassen. (Zurufe rechts: Der 1. Mai!) Jawohl, wegen des 1. Mai. Auf Wünsche großer Parteien des Hauses wird immer Rücksicht genommen, wenn sie aus einem besonderen Grund vorschlagen, einen Tag frei zu lassen. Nun bitten wir darum. Zahlreiche Politiker dieses Hauses haben morgen gewisse Verpflichtungen übernommen und wünschen am 1. Mai frei zu haben. Darum ist es gerechtfertigt, wenn dieser Wunsch erfüllt wird. (Lachen rechts.) Wir verlangen nicht, daß Sie, wenn Sie die Sitzung ausfallen lassen, sich mit uns in bezug auf die Feier des 1. Mai solidarisch erklären. (Große Heiterkeit bei den bürgerlichen Parteien.) Es handelt sich lediglich darum, daß Sie den Wunsch der größten Partei des Hauses berücksichtigen. Wir sind selbstverständlich eifrig bemüht, die Geschäfte des Hauses zu fördern. (Lachen rechts.) Es soll daher keine Minute verloren gehen. Wir schlagen daher vor, anstelle des morgigen Sitzungstages ein oder zwei Abendsitzungen abzuhalten. (Lachen rechts.)

Abg. Graf Westarp (Kons.):

Der Antrag ist wohl geeignet, im höchsten Maße Erstaunen hervorzurufen. (Sehr richtig! rechts.) Er hängt zusammen mit den sozialdemokratischen Maifeiern. Diese Veranstaltungen haben den Zweck, durch Arbeitsniederlegung und Arbeitseinstellung für die republikanischen Ziele der sozialdemokratischen Partei zu demonstrieren. (Sehr richtig! rechts.) Man wünscht nun, daß bei

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140501016/fragment/page=0002

Reichstag auch morgen die Arbeit einstellt und sich an dieser Demonstration beteiligt. (Sehr richtig! rechts, Lachen der Soz.) Wenn die sozialdemokratischen Abgeordneten das Bedürfnis haben, den 1. Mai zu feiern, so wird sie kein Mensch daran hindern, den Sitzungen fernzubleiben. Ich glaube, die Verhandlungen werden ganz gut verlaufen, denn die sozialdemokratische Förderung der Geschäfte kennen wir. (Sehr richtig! rechts.) Die Maifeier ist eine Einrichtung, die weder leben noch sterben kann. Wenn den bürgerlichen Parteien angesonnen wird, dieser Veranstaltung durch ihre Beteiligung neues Leben einzuflößen, so ist das eine starke Zumutung, die wir mit aller Entschiedenheit zurückweisen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Bassermann (Natl.):

Ich muß auch meinerseits bitten, es bei dem Vorschlage des Präsidenten zu belassen. Wir haben uns über diese Frage bereits im Seniorenkonvent eingehend unterhalten. Die bürgerlichen Parteien haben sich einmütig dagegen ausgesprochen. Ein Vergleich mit der Fahrt nach Hamburg kann gar nicht angestellt werden. Denn in diesem Falle handelt es sich um eine Einladung, die an den gesamten Reichstag zur Besichtigung des größten deutschen Schiffes gerichtet wurde. Ich möchte grundsätzlich Widerspruch dagegen erheben, daß aus Anlaß eines Parteifestes ein Sitzungstag des Reichstags ausfällt. Das ist nicht angängig. Das würde Konsequenzen haben. Andere Parteien könnten ähnliches verlangen. Aus diesen Gründen lehnen wir den Antrag ab. (Beifall.)

Abg. Dr. Haase (Soz.):

Die Veranstalter der Maifeier richten ihre Einladungen an das ganze deutsche Volk. (Große Heiterkeit rechts.) Wenn die Konservativen dieser Einladung folgen würden, dann würden sie von ihren irrigen Anschauungen, soweit sie belehrungsfähig sind, befreit werden.

Präsident Dr. Kaempf:

Sie dürfen einer Partei nicht vorwerfen, daß sie nicht belehrungsfähig ist. (Heiterkeit.)

Abg. Haase (Soz.):

Am 1. Mai wird auch für den Volksfrieden demonstriert. Das sollte das ganze Volk mitmachen. (Lachen rechts.) Die Maifeier lebt und marschiert. Wenn Graf Westarp den Mut hätte — ich will mich parlamentarisch ausdrücken — und sagte, die Geschäfte könnten auch ohne uns gefördert werden, so erinnere ich daran, daß das deutsche Volk bei den letzten Wahlen bewiesen hat, wer seine Geschäfte fördert. Das sind die Sozialdemokraten mit 111 Mandaten. Und wir werden weiter wachsen. (Lachen b. d. bürgerl. Parteien.)

Der Antrag, morgen die Sitzung ausfallen zu lassen, wird darauf gegen die Stimmen der Soz. abgelehnt.

Auf Antrag Scheidemann wird aber beschlossen, die Sitzung schon um 1 Uhr zu beginnen.

Schluß 6¼ Uhr.

Der Wahlkampf in Stendal-Osterburg.

Die Agitation der Konservativen bei der Reichstagswahl 1912, die wir wiederholt charakterisiert haben, hatte die „Magd. Ztg." nicht abgehalten, Herrn Hoesch, unter dessen zum mindesten passiver Billigung die gröbsten Unregelmäßigkeiten und Ausschreitungen vorgekommen waren, ihrer Sympathie zu versichern. Bei der Neigung, die die „Magd. Ztg." für die Rechte immer wieder bekundet hat, konnte es nicht ausbleiben, daß die Konservativen diese Sympathien so deuteten, als ob damit die „Magd. Ztg." die Wahl des Herrn Oekonomierat Hoesch lieber sehen würde, als die des nationalliberalen Bauernbündlers Wachhorst de Wente, und die „Magd. Ztg." sah sich infolgedessen bereits gezwungen, zu erklären:

„Wir müssen den konservativen Herren zu unserm Bedauern die Versicherung geben, daß die Sympathie, die wir der Persönlichkeit des Herrn Hoesch ebenso übrigens wie der Person des Herrn Wachhorst entgegenbringen, uns nicht im geringsten davon abhalten kann, die politische Anschauung, die politische Tendenz, das politische System, das er vertritt, zu bekämpfen. Daß für die Nationalliberalen des Kreises Stendal-Osterburg, und wenn es auch die am weitesten rechts stehenden Elemente unserer Politik sein mögen, gar kein Zweifel daran bestehen kann und darf, daß sie am Tage der Wahl dem Herrn Wachhorst ihre Stimme geben, das muß unseres Erachtens außer allem Zweifel sein."

Damals bedauerte die „Magd. Ztg." noch, daß sie eine solche Erklärung abgeben mußte. Jetzt aber dürfte auch dieses Bedauern, gegen den ihr so sympathischen Oekonomierat Hoesch Stellung nehmen zu müssen, geschwunden sein, da aus dem Wahlkreise Stendal-Osterburg erneut die **größten Ausschreitungen** gemeldet werden.

Wir behalten uns vor, darauf später noch zurückzukommen, und wollen heute nur die folgende Mitteilung der „Magd. Ztg." wiedergeben, die augenscheinlich auf Informationen des nationalliberalen Parteisekretärs Calebow beruhen. Das Blatt schreibt:

„Wir hatten aber auch geglaubt, daß Herr Hoesch in den Versammlungen, in denen er selber anwesend ist, zum allermindesten auf die Aufrechterhaltung eines gesitteten Tones mit allem Nachdruck hielte. In dieser Hoffnung sind wir am Dienstag aufs grausamste enttäuscht worden, denn kaum hatte sich in der Debatte einer der anwesenden liberalen Redner gemeldet, als auch schon **ein beispielloses Toben und Brüllen begann.** Und nicht nur, daß fast sämtliche Anwesenden, bis auf wenige Ausnahmen, lachten, **lärmten und mit den Füßen trampelten, nein, der Herr Oekonomierat Hoesch lachte und lärmte und der Versammlungsleiter trampelte mit.** Ueberhaupt stand der Versammlungsleiter in jeder Weise auf der Höhe. Der famose „Kaufmann" Koch aus Magdeburg, der immer „zufällig" in den Versammlungen ist, und so auch „zufällig" den Wahlkampf in Jerichow mit durchgemacht hat, unterstand sich z. B. während der vollkommen ruhigen und sachlichen Ausführungen des ersten nationalliberalen Redners, ihm „Frechheit" zuzurufen. Der anwesende Generalsekretär Calebow begab sich darauf sofort zu Herrn Oekonomierat Hoesch und bat ihn, dahin zu wirken, daß derartige Ungehörigkeiten aufhörten. Herr Oekonomierat Hoesch aber erklärte: **„Das geht mich gar nichts an, wenden Sie sich doch an den Herrn Vorsitzenden."** Darauf wandte sich Herr Calebow mit derselben Bitte an den Versammlungsleiter und dieser erwiderte bezeichnenderweise: **„Das fällt mir nicht im Traume ein."** Das ist die vornehme und ritterliche Kampfesweise im Sinne des Herrn v. Heydebrand und der Lasa. Die beiden nationalliberalen Gegenredner, die auftraten, wurden dann auch bezeichnenderweise **einfach zu Boden gebrüllt, und es flogen ihnen Ausdrücke an den Kopf, die wiederzugeben uns der Anstand verbietet.** Es war dem nationalliberalen Generalsekretär nicht zu verdenken, daß er nach diesen Vorkommnissen sofort mit seinen Freunden den Saal verließ."

Das ist bezeichnend für die Kampfesweise der Konservativen unter Führung des Herrn Oekonomierats Hoesch. Bei der Agitation im Winter 1911 gingen Konservative, die sich zu den Gebildeten rechneten, u. a. ein Reserveleutnant, mit erhobenen Fäusten auf einer Bauernbundsredner in einer Versammlung des Bauernbundes los, ohne daß Herr Hoesch ein Wort der Mißbilligung fand; diesmal beteiligt sich Herr Hoesch selbst an den Störungen gegnerischer Redner. Vielleicht ist die „Magd. Ztg." nun von ihrer Sympathie für Herrn Oekonomierat Hoesch geheilt.

Carranza nimmt die Vermittlung an.

Die widersprechendsten Nachrichten über den Stand der Dinge in Mexiko jagen einander. Bald heißt es, in der Stadt Mexiko stehe eine Revolution bevor, oder ein großes Rebellenheer bedrohe die Hauptstadt. Andere Depeschen erklären, die Macht Huertas sei in den letzten Wochen nur gewachsen. Optimismus und Pessimismus in den Vereinigten Staaten und in Latein-Amerika kreuzen sich. Aus allem geht hervor, daß niemand sich im klaren ist, was die Vermittlungspause eigentlich bedeutet. Bezeichnend ist auch, daß Carranza der Vermittelung zugestimmt hat und gleichzeitig von verdoppelten Anstrengungen der Rebellenheere berichtet wird. Unter Weglassung der unglaubwürdig erscheinenden Telegramme verzeichnen wir die folgenden:

Washington, 29. April.

Carranza hat den vermittelnden Mächten mitgeteilt, er sei bereit, die Vermittlung anzunehmen und über den Gegenstand zu unterhandeln. — Eine Depesche aus Oaxaca in Mexiko meldet, daß amerikanische Marine-Infanterie gestern in Salinacruz gelandet worden ist, nachdem der amerikanische Befehlshaber gedroht hatte, er werde den Hafen beschießen lassen, falls die Mexikaner der Landung Widerstand entgegensetzen sollten.

Frankreich unterstützt die ABC-Mächte.

Paris, 30. April.

Ministerpräsident Doumergue hat gestern eine Deputation der hervorragendsten Mitglieder der französischen Kolonie in Mexiko und von Vertretern der französischen Interessen in Mittel-Amerika empfangen. Man erklärte dem Ministerpräsidenten, daß die französischen Interessen in Mexiko aufs schwerste bedroht seien, und daß Präsident Wilson nicht in der Lage sei oder nicht den Willen habe, die Franzosen in Mexiko zu schützen. Doumergue erwiderte demgegenüber, daß der französische Geschäftsträger in Washington bereits die Anweisung erhalten habe, die Aktion der ABC-Mächte auf jede Weise zu unterstützen, und daß er glaube, die französischen Interessen seien somit genügend gewahrt.

Huerta amtsmüde?

London, 30. April.

Der „Central News" wird aus Veracruz gemeldet, es verlaute, daß der britische Gesandte Carden den Präsidenten Huerta namens der amerikanischen Regierung informierte, daß nichts außer seinem Rücktritt den Erfordernissen der Lage entsprechen oder Frieden bringen könne. Ein hervorragender Diplomat lehnte es ab, diese Behauptung zu bestätigen oder zu dementieren. Es heißt jetzt, daß Huerta nur noch auf möglichst gute Bedingungen warte und daß er enorme Geldsummen bei europäischen und amerikanischen Trustgesellschaften angelegt und Schritte zur schleunigen Abreise getroffen habe.

Deutsches Reich.

Die Kaisermanöver. Wie der „Kleinen Presse" aus Bad Homburg gemeldet wird, steht es nunmehr fest, daß während der Kaisermanöver das kaiserliche Hauptquartier im Homburger Schloß sich befinden wird. Amtliche Kreise haben die Meldung nunmehr bestätigt. Die Vorbereitungen für den kaiserlichen Aufenthalt werden im Schlosse mit großem Eifer betrieben.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses für das Kommunalabgabengesetz führte Dienstag abend ihre Beratungen weiter. Einstimmig wurde beschlossen, die Beschwerdefrist in Kostenverteilungssachen von zwei auf vier Wochen zu verlängern. Die Beschlußfassung soll nach einem weiteren Kommissionsbeschluß auf Antrag in beiden Instanzen nach mündlicher Verhandlung erfolgen. Die Minderheit wollte dies nur für die erste Distanz gelten lassen, um das Verfahren nicht zu sehr zu verzögern. An Stelle des auf fortschrittlichen Antrag gestrichenen § 9b der Vorlage wurde ein neuer § 9b eingefügt, wonach bei Veranstaltungen, die abschnittweise hergestellt oder erweitert werden, an Stelle der Beiträge auch fortlaufende Abgaben als Tilgungsrenten erhoben werden können. Zu § 11, der die Höhe der Marktstandsgelder und Schlachthausgebühren betrifft, wurde ein Zentrumsantrag angenommen, wonach die Marktstandsgelder höchstens 20 Pfg. statt der in der Vorlage vorgesehenen 50 Pfg. betragen würden. § 12, der die Bade- und Kurorte zur Erhebung von Kurtaxen ermächtigt, wurde mit einem nationalliberalen Zusatzantrag angenommen, wonach für die Zahlung der Kurtaxe der Vermieter der Wohnungen haftet, der auch verpflichtet ist, über die Ankunft und Abreise von Fremden Mitteilung zu machen.

Die Sonntagsruhekommission des Reichstages nahm Donnerstag ihre Beratungen wieder auf. Ministerialdirektor Dr. Caspar bekämpfte den sozialdemokratischen Antrag, der sonntäglich beschäftigten Handlungsgehilfen und Lehrlingen regelmäßig einen freien Nachmittag in der Woche von 1 Uhr ab gewähren will. Ein Zentrumsmitglied beantragte, solchen Angestellten, die Sonntags beschäftigt werden, einen Urlaub von acht Tagen im Jahre zu bewilligen. Ein Nationalliberaler empfahl folgenden Vermittelungsantrag: „Den sonntäglich beschäftigten Handlungsgehilfen und Lehrlingen ist eine Entschädigung für die Sonntagsarbeit durch die Gewährung eines freien Nachmittags in der Woche oder eines zusammenhängenden längeren Urlaubs zu leisten." Ein Antrag der Konservativen verlangte eine allgemeine Fassung. Es soll einfach bestimmt werden, daß den sonntäglich beschäftigten Gehilfen und Lehrlingen regelmäßig ein Ersatz in Gestalt von Freizeit innerhalb der Woche zu gewähren sei. Dieser Antrag wurde angenommen, alle anderen abgelehnt. Dienstag Fortsetzung.

Der Kolonialgerichtshof in Hamburg? Die 21. Kommission des Reichstags hat in zweiter Lesung den Gesetzentwurf betreffend Errichtung eines Kolonialgerichtshofes, abgesehen von formalen Aenderungen, nach den Beschlüssen der ersten Lesung angenommen. Mit 16 gegen 3 Stimmen wurde der Beschluß der ersten Lesung aufrechterhalten, nach welchem Hamburg als Sitz des Kolonialgerichtshofes bestimmt wird. — Ob die Regierung bei ihrem Unannehmbar bleiben wird?

Parteinachrichten.

Die sozialdemokratische Maschinerie funktioniert glatt. Im „Vorwärts" wird schon jetzt die Resolution veröffentlicht, die die Maifeierversammlungen anzunehmen haben. Die Parteileitung weiß, daß die Genossen jede Resolution ohne Widerspruch und ohne Aenderung schlucken. Da die meisten in den Versammlungen den Wortlaut gar nicht hören, ist es immerhin ein Fortschritt, wenn die Resolution schon vorher durch den Druck veröffentlicht wird.

Hof- und Personalnachrichten.

Prinz und Prinzessin Heinrichs Rückkehr aus Südamerika. Der Dampfer „Cap Trafalgar" passierte Donnerstag früh 4¾ Uhr Cuxhaven und traf um 9¼ Uhr im Hamburger Hafen ein, wo er an den St. Pauli-Landungsbrücken anlegte. Der Prinz und die Prinzessin fanden sehr freundliche von Begeisterung getragene Begrüßung des Publikums, das zahlreich erschienen war. Zum Empfange hatten sich Prinz Waldemar, der preußische Gesandte und das Direktorium und der Aufsichtsrat der Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft eingefunden. Der Gesandte überreichte der Prinzessin einen Blumenstrauß. Nachdem das Prinzenpaar sich von den Offizieren des Dampfers verabschiedet hatte, fuhren sie in Begleitung des Prinzen Adolf von Schaumburg-Lippe, der sich in Lissabon an Bord des „Cap Trafalgar" begeben hatte, in Automobilen nach dem Hotel „Vier Jahreszeiten".

Halle und Umgebung.

Halle, 1. Mai.

Von der Rennbahn.

Das Hochwasser, das in seinem ersten Teil dem Wachstum des Grases sehr dienlich gewesen ist, hat bei seiner Wiederholung, wie sich nachträglich herausstellt, insofern großen Schaden angerichtet, als der junge, im vorigen Sommer gesäete Rasen auf den Laufflächen stark zurückgegangen ist.

Es war infolgedessen wiederum nötig, die Bahn aufzuharken, neu einzusäen und mit Torfmull zu decken, eine Arbeit, die 30 Leute durch 5 Wochen hindurch beschäftigt und sehr erhebliche Unkosten veranlaßt hat. Diese Arbeit ist nunmehr beendet, das junge Gras sprießt schon kräftig, und die Bahn wird beim ersten Rennen am Himmelfahrtstage zweifellos in recht gutem Zustande sein.

Auch die Einebnung des Sport- und Turnierplatzes und die Aushebung des kleinen Sees, durch welchen im Sommer ein Rennen geführt werden soll, ist nunmehr vollendet.

Die Terrassen vor dem Restaurant haben als Sonnenschutz Markisen erhalten, so daß der Aufenthalt sehr angenehm ist. Sie werden bei dem herrlichen Frühlingswetter, besonders an Konzerttagen (Sonntags, Dienstags und Donnerstags), fleißig benutzt.

Auch hinter der Tribüne des zweiten Platzes wird in ganzer Breite der Tribüne für die Rennttage ein stabiles Zelt in Eisenkonstruktion aufgebaut werden.

Außerdem soll noch ein weiterer Nummernaufzug über der Wage Aufstellung finden, so daß der Platz vor dem Totalisator bei den nächsten Rennen etwas entlastet wird.

Herr Dr. med. Koeppe wird mit dem 1. Mai seine Praxis in Dommitzsch aufgeben und seinen neuen Wirkungskreis nach Halle verlegen. Herr Dr. Koeppe hat die Stelle des 1. Assistenzarztes in der Königl. Augenklinik in Halle angenommen.

Der Turnverein Friesen hier, der, wie schon bekannt gegeben, dem Manne, dessen Namen er trägt, ein bleibendes Zeichen seiner Verehrung in unserer Stadt erstehen lassen will, beging am vergangenen Sonntag im Gesellschaftssaal des Restaurants „Mars la Tour" eine durchaus gelungene Friesen-Feier. Erschienen waren Vertreter der hiesigen Turn-, Krieger- und Sportvereine und andere, die von dem Vorsitzenden des Vereins willkommen geheißen wurden. Herr Pastor v. Wodtke, der die Festrede übernommen hatte, verstand es, durch seinen frischen Vortrag, durch seine packenden Schilderungen den Charakter Friedrich Friesens wie auch seine deutsche Jünglingsgestalt jedem Besucher klar vor Augen zu führen. Allgemeiner Beifall durchbrauste den Saal, als er mit einem Hoch auf unser deutsches Vaterland endete. Den gesanglichen Teil hatte das Männerquartett v. 1911 (die Herren Konzertsänger Reichardt, Hesse, Rehe und Walter), das mit den Friesen eng befreundet ist, übernommen. Und wie schnell und gut sie es wieder verstanden hatten, durch ihre schönen Volkslieder sich in die Herzen der Anwesenden zu singen, bewies ihnen der ungeteilte Beifall. Auch Herr Konzertsänger Reichardt wußte die Zuhörer an sich zu fesseln. Die beiden Sologesänge: „Tom der Reimer" und „Am Rhein" gaben Zeugnis von seiner wohlgeschulten Stimme. Reicher Beifall wurde ihm gezollt. Und nicht zuletzt hat auch Herr Willi Kramer, der die Rezitation ernster und heiterer Sachen übernommen hatte, zum Gelingen des Abends beigetragen. Seine modulationsfähige, biegsame Stimme erbrachten ihm nach seinen Vorträgen den Dank der Zuhörer. Klaviervorträge und gemeinsam gesungene Lieder trugen zum Genuß des Abends bei. Friesen nur immer so weiter und ihr kommt zum Ziele.

„Zwei Ueberraschungen" lautet das Thema, über welches Herr F. Dönitz am Sonntag, den 3. Mai, abends 8½ Uhr, im Gemeinschaftshause, Margaretenstr. 5, einen Evangelisationsvortrag halten wird. Der Zutritt ist frei.

Provinzial-Nachrichten.

Das Großfeuer in Zeitz.

Zu dem von uns kurz gemeldeten Großfeuer in Zeitz berichten die Zeitzer N. N. noch:

War Zeitz jahrelang bei seinen vielen großen industriellen Etablissements vom Feuer verschont geblieben, so war gestern, kaum ein Jahr nach dem Brande der Emmerlinschen Fabrik, schon wieder ein solches in der Kinderwagen-Fabrik von Wünsch & Pretsch zum Ausbruch gekommen. Kurz nach 9 Uhr abends wurde der Familie des einen Inhabers die Meldung, daß es in der Fabrik brenne. Schon jetzt zeigte es sich, daß Feuer sowohl im 1. wie im 2. Obergeschoß wütete. Der Alarmierung der Feuerwehr folgten sofort eigene Löscharbeiten, da die Fabrik im Hofe sowohl einen eigenen Hydranten, wie auch an anderen Stellen Schlauchverbindungen hat. Das Feuer griff jedoch rasend schnell weiter und die eintreffende Feuerwehr fand einen großen Brandherd in der mit leicht brennbaren Materialien und fertigen Waren gefüllten Fabrik vor. Die Feuerwehr kämpfte lange mit 8 Schläuchen, sowohl von der Trägliterstraße wie vom Hofe aus, um das Feuer niederzuringen; doch gelang dies nicht, da einesteils der Rauch, anderenteils die große Hitze ein Herankommen an das Feuer hinderte. Das Feuer griff auf das Dach über, und es wurde dadurch die Gefahr groß, daß der große, langgestreckte Fabrikbau dem Feuer zum Opfer fiele. Der Feuerherd und die Ausdehnung der Fabrik waren zu groß, als daß die hineingeworfenen Wassermassen Einhalt tun konnten. Gegen 11 Uhr nahm die Feuerwehr im südlichsten Aufgang der Fabrik von innen und mit der Schiebeleiter von außen eine Verteidigungsstellung ein, in der sie von den eingetroffenen Wehren Aue und Rasberg kräftig unterstützt wurde. In allen Geschossen wurde mit

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140501016/fragment/page=0003

Schlauchleitungen von innen und außen vorgegangen, und so wurde endlich dem Flammenmeer Halt geboten. Erst gegen 3/4 3 Uhr konnte man das Feuer als niedergerungen betrachten, die Gefahr, daß das Feuer durch den Südwind auf das Kroppsche Grundstück in der Gartenstraße und von da auf den Holzplatz übergreifen konnte, war, nachdem dort die große Maschinenleiter postiert war, nicht eingetreten. Die zur Hilfe herbeigeeilten Freiwilligen Feuerwehren Rasberg und Theißen, sowie einige Landspritzen brauchten nicht in Aktion zu treten, dagegen leistete die Schiebeleiter von Schloß Moritzburg gute Dienste. Glücklicherweise sind größere Verunglückungen an Menschen nicht vorgekommen; nur fünf leichte Verletzungen hatten die Samariter zu behandeln. Eine 25 Mann starke Brandwache hatte bis in den Vormittag zu tun, die immer wieder auftretenden Brände niederzudämpfen. — Während des Brandes griffen auch die erschienenen Wehren von Aue und Rasberg beim Löschen tätig mit ein.

Landsberg, 30. April. (Vom Zuge überfahren.) Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich vergangene Nacht auf der Eisenbahnstrecke Halle—Berlin. Kurz vor der Station Landsberg bei Kilometer 148 in der Nähe der Reinsdorfer Steinbrüche wurde der 26jährige Sohn des Herrn Uhrmacher Köller, Herr Willi Köller jr., vom Zuge überfahren und getötet. Die Leiche des Bedauernswerten wurde heute morgen 5 Uhr auf der Strecke aufgefunden. Vermutlich ist der Verunglückte aber schon abends 9.15 Uhr von dem hier durchkommenden D-Zuge Halle—Berlin überfahren worden, da um diese Zeit seine Uhr stehen geblieben ist.

Bitterfeld, 30. April. (Auszeichnung.) Der städtische Fluraufseher Koitsch wurde durch Verleihung des Allgemeinen Ehrenzeichens ausgezeichnet.

* **Hettstedt**, 30. April. (Verleihung.) Das Allgemeine Ehrenzeichen wurde dem Vorwieger Winter, hier, verliehen.

n. **Weißenfels**, 30. April. (Auszeichnung. — Wehrsteuer.) Dem Hilfslademeister Louis Winkler ist für 40jährige treue Dienste bei der Eilgutabfertigung das Allgemeine Ehrenzeichen in Silber verliehen worden. — Wie verlautet, wird hier durch die vermögensbesitzenden Steuerzahler ein Wehrbeitrag von etwa 450 000 Mark aufgebracht werden; ein Vermögender muß dazu allein 95 000 Mark beisteuern. Der Generalpardon hat auch für unsere Stadt ein verändertes Steuerbild ergeben. Wenn der Mehrertrag an Steuern, wie in manchen Städten, auch nicht in die Millionen geht, so beträgt er doch immerhin gegen 70 000 Mark, das ist gerade die Summe, die in diesem Jahre der Stadt der Bahnübergang an der Merseburger Straße kostet.

s. **Stößern**, 30. April. (25. Amtsjubiläum.) Am 28. d. M. konnte Herr Hauptlehrer und Kantor Th. May auf eine 25jährige Amtstätigkeit in unserer Stadt zurückblicken. Aus diesem Anlaß wurden ihm aus weitesten Kreisen zahlreiche Glückwünsche und Ehrungen zuteil. Durch seine Schüler der 1. Klasse wurden dem Jubilar Blumen und sonstige Geschenke überreicht. Am Mittag beglückwünschten Herr Bürgermeister Puff, Stadtverordnetenvorsteher Kormann sowie Herr Pastor Lemm als Vertreter der Stadt- und Kirchengemeinde den Jubilar und überreichten ihm eine Standuhr. Als Dirigent des Gesangvereins brachte ihm der Verein durch Absingen mehrerer Lieder seine Anerkennung dar. Im Gasthofe zur Post fand die Feier einen fröhlichen Abschluß.

Freyburg, 29. April. (Die ersten grünen Stachelbeeren) aus unseren Bergen wurden heute auf den Markt gebracht und für das Pfund 40 bis 50 Pfennige bezahlt. Die Früchte waren allerdings noch nicht allzugroß, fanden aber rasch Absatz. Es dürfte nicht häufig vorgekommen sein, daß schon Ende April mit dem Pflücken begonnen werden konnte. Der Anhang der Büsche ist heuer so reich, daß auf hohe Preise kaum zu rechnen ist.

Oeblitzschleuse, 29. April. (Leichenlandung.) Heute mittag wurde hier eine männliche Leiche im Alter von 25 bis 30 Jahren angeschwemmt, die schon längere Zeit im Wasser gelegen hat. Der Tote scheint einfacheren Ständen anzugehören, er führte noch 31 Pfg. bei sich und eine Postquittung über einen eingezahlten Geldbetrag an Dietzelschafstädt. Der Tote ist nach Schönburg übergeführt worden. Sachdienliche Angaben wolle man an Herrn Amtsvorsteher Hirschfeld-Schönburg gelangen lassen.

Sangerhausen, 30. April. (Der letzte Postwagen) fährt heute nachmittag nach Wippra. Von morgen früh 7.20 Uhr ab beginnt der Automobilomnibus seine erste Fahrt über Wippra nach Ballenstedt.

Bernburg, 30. April. (Raubanfall.) Mittwoch nachmittag wurde eine 38jährige Witwe aus der Bergstadt auf einem Spaziergange nach Gröna in der sogenannten Remise von einem Manne überfallen. Der Täter schlug die Frau mit einem Steine mehrere Male auf den Kopf, so daß sie zu Boden sank, entriß ihr die Handtasche, in dem sich eine Geldbörse mit 46 Mk. Inhalt befand, und ergriff die Flucht. Die Frau war aber glücklicherweise nicht besinnungslos geworden, so daß sie sich den Täter genau ansehen konnte. Sie erzählte einem ihr entgegenkommenden Herrn den Vorfall und gab eine genaue Beschreibung des Mannes. Die sofort aufgenommene Verfolgung führte zur Festnahme des Täters, die mit Hilfe des Wachtpostens der Schießstände erfolgte. Der Mann wurde nach der Wache gebracht und später der Frau, die bei dem Waldwärter Maschke Unterkunft gefunden hatte, gegenübergestellt. Sie erkannte in dem Festgenommenen den Täter mit Bestimmtheit wieder; ein Irrtum ihrerseits sei ausgeschlossen. Die Geldbörse mit Inhalt wurde etwa 15 Meter vom Tatort gefunden. Der Täter hatte sie auf der Flucht aus der Handtasche verloren. Als Täter kommt der Schlosser M. in Frage. Er ist verheiratet und hat drei Kinder. Bei der heute vormittag stattgefundenen Vernehmung machte der Mann einen gebrochenen Eindruck; er bestritt aber entschieden, die Tat begangen zu haben.

Cöthen, 30. April. (Auflauf.) Gestern gegen abend bewegte sich hier recht auffällig eine sonderbar gekleidete Frau in den Straßen, von der man annahm, sie sei ein verkleideter Mann, zumal sie einen Herrenhut trug. Anscheinend war die aus Halle stammende Person, die „wahrsagen" wollte, geistig nicht ganz normal. Sie wurde festgenommen, dann aber wieder entlassen.

Ilmenau, 30. April. (Uebernahme des Elektrizitätswerkes.) Die Stadt übernimmt zum 1. Jan. 1917 das Elektrizitätswerk, das sich jetzt im Besitze der Thüringer Elektrizitäts- und Gaswerke A.-G. Apolda befindet. Der Bezirksausschuß zu Weimar genehmigte in seiner letzten Sitzung zum Ankaufe des Werkes die Aufnahme eines Darlehns von 900 000 Mk.

Kunst und Wissenschaft.

Rückschrittliches Kulturdokument aus Greifswald. Der Senat der Universität Greifswald hat in geheimer Sitzung (!) beschlossen, der Buch- und Kunstdruckerei Emil Hartmann, in der auch das einzige liberale Blatt in Vorpommern, das „Tageblatt für Vorpommern", erscheint, die seit vielen Jahren zur vollen Zufriedenheit besorgten Druckaufträge zu entziehen. Mit der seltsamen Begründung, daß sie die akademische Monatsschrift „Wieder Bote" (Herausgeber und Schriftleiter Dr. Oskar Kanehl) druckt, die außer anderen gegensreichen Angriffen auf Rückständigkeiten im Universitätsbetrieb kürzlich in ihrem 7. Heft die von der gesamten liberalen Presse nachgedruckten „Hausleiterfragen" veröffentlicht hat, die der seit seiner Ketzerrichterrolle im Zathogericht berüchtigte Geheimrat Haußleiter den zu bedauernden Kandidaten des höheren Lehramts in Greifswald stellt. Aus Greifswald wird der Beschluß eines solchen Zwangsverfahrens gegen geistigen Fortschritt dadurch besonders verständlich, daß den Vorsitz des dortigen Senats der Erzrückschrittler und genügsam bekannte Geheime Justizrat Prof. Dr. Ernst Stampe führt.

Theater und Musik.

Prof. Stein — Regers Nachfolger.

Aus Jena meldet uns ein Privattelegramm unseres B-Mitarbeiters:

Universitätsmusikdirektor Professor Dr. Fritz Stein in Jena wird am 1. Oktober als Nachfolger des Generalmusikdirektors Hofrat Dr. h. c. Max Reger nach Meiningen übersiedeln.

Bühnenchronik.

Fritz v. Unruhs Drama „Louis Ferdinand, Prinz von Preußen," ist bisher von folgenden Bühnen zur Aufführung angenommen worden: Hofburgtheater Wien, Deutsches Theater Berlin, Kammerspiele Frankfurt a. M., Thalia-Theater Hamburg, Stadttheater Lübeck, Stadttheater Freiburg i. Br. — Verschiedene andere Bühnen stehen in Unterhandlung.

Anläßlich des bevorstehenden 25jährigen Jubiläums der Kgl. Kammersängerin Frau Marie Wittich hat die Generaldirektion der Dresdener Hoftheater die Künstlerin zum Ehrenmitglied ernannt.

Gerichtsverhandlungen.

Der Prozeß gegen die Berliner Luftschiffer.

Petersburg, 30. April.

Der Prozeß gegen die deutschen Luftschiffer in Perm wird voraussichtlich nur einen Tag dauern. Den Vorsitz wird der Präsident des Appellhofs Satwornitzki führen. Die Anklage vertritt der Erste Staatsanwalt Balz. Als Zeugen sind geladen Oberst Remisow, der an der Voruntersuchung als Vertreter der Militärbehörde teilgenommen hat, Polizeileiter Malm und Landrat Muchanow; als militärischer Sachverständiger fungiert der Militäringenieur Remtsenko. Die Verteidigung liegt in den Händen der kaisanschen Rechtsanwälte Baht und Gottlieb.

Die Anklage gegen Berliner lautet bekanntlich auf Spionageversuch, gegen seine Genossen auf Verletzung des Verbots, einen befestigten Rayon zu überfliegen. Bei der Gerichtsverhandlung wird daher die Frage eine Rolle spielen, ob dieses Verbot rechtskräftig publiziert worden war. Die russischen Behörden selbst waren darüber im unklaren.

„Unsittliche" Postkarten. In dem bekannten Verfahren betreffend „Unbrauchbarmachung von 42 Postkarten mit Bildnissen von Werken der Skulptur", in welchem das neue Reichsgerichtsurteil am 10. Februar erfochten wurde, fand Donnerstag in Berlin vor dritten Strafkammer des Landgerichts II ein neuer Verhandlungstermin statt, bei dem die beschlagnahmten Reproduktionen als nicht unzüchtig erklärt wurden. Es handelt sich um Kunstwerke von namhaften Bildhauern, darunter „Der Bogenspanner" von Geiger, „Die Badende" von Fischer, Plastiken von Thorwaldsen, Prof. Janssen, Bärwald u. a., die von Museen angekauft wurden und zum Teil auf öffentlichen Plätzen Aufstellung fanden. Nach Abgabe der Gutachten der Sachverständigen wurde das Urteil gefällt. Es lautet: Der Antrag der Staatsanwaltschaft wird zurückgewiesen, die gesamten Kosten trägt die Staatskasse. Für den Gerichtshof waren nach der Urteilsbegründung die vom Reichsgericht aufgestellten Gesichtspunkte maßgebend, es kommt nur auf die Prüfung an, ob die 42 Postkarten geeignet sind, das normale Scham- und Sittlichkeitsgefühl zu verletzen und geschlechtliche Lüsternheit zu erregen. Dies ist verneint worden. Es handelt sich um Wiedergabe künstlerischer Skulpturen, deren Originale unanfechtbare Kunstwerke sind, und bei denen der Begriff der Unzüchtigkeit nicht in Frage kommen kann.

Luftschiffahrt.

Leipzig, 30. April. Die gestrige Landung des Luftschiffes S. L. 2 im hiesigen Luftschiffhafen erfolgte etwas hart, da das Luftschiff auf seiner Fahrt zu viel Gas verloren hatte. Das Gehänge der Führergondel zerbrach und die Schrauben der hinteren Maschine gruben sich tief in die Erde ein und zerbrachen. Am Schiffskörper selbst wurden zwei Längsträger geknickt. Der Schaden dürfte in einigen Tagen wieder behoben sein.

Vermischtes.

Graf Lehndorff †. Aus Berlin, 30. April, wird gemeldet: Der frühere Oberstallmeister Graf Lehndorff ist heute abend hier an Lungenentzündung gestorben.

Auch eine Aktiengründung. Wie aus den Firmeneintragungen der neuesten Handelszeitung ersichtlich wird, ist in Berlin eine Aktiengesellschaft unter folgender Bezeichnung errichtet worden: „Treue um Treue", Aktiengesellschaft zur Bestattung von Hunden und anderen Haustieren. Das Grundkapital dieser Aktiengesellschaft beträgt ganze 6000 Mark (!).

Der Aetna in Tätigkeit. In der Umgegend von Catania wurde ein heftiger Erdstoß verspürt. Gleichzeitig trat der Aetna wieder in Tätigkeit. Er schleuderte eine Menge glühender Lava aus, und die Eruptionen sind von unterirdischem Getöse begleitet.

Schwerer Unfall bei einer kinematographischen Aufnahme. Von einer Anzahl von Schauspielern sollten in Cannes in einem Motorboot kinematographische Aufnahmen für eine Filmfabrik gemacht werden, als plötzlich infolge der Magnesiumladung die Benzinbehälter des Motorbootes explodierten. Drei Schauspieler sprangen ins Wasser; einer ertrank, zwei andere wurden durch das brennende Benzin schwer verletzt.

Letzte Depeschen.

Die Arbeitslosenversicherung in Bayern.

München, 30. April.

Die Kammer der Reichsräte beschäftigte sich in der heutigen, bis in den späten Nachmittag dauernde Sitzung eingehend mit der Frage der Einführung der Arbeitslosenversicherung in Bayern. Auf Antrag der Regierung hatte die Kammer der Abgeordneten im Etat des Innern beim Kapitel „Arbeiterfürsorge" einen Betrag von 75 000 Mk. eingesetzt, damit den Gemeinden, die nach den von der Regierung aufgestellten Grundsätzen eine gemeindliche Arbeitslosenversicherung einführen wollen, ein Staatszuschuß gegeben werden kann. Der Ausschuß der Kammer der Reichsräte hatte den Regierungsvorschlag abgelehnt, dagegen sich bereit erklärt, die genannte Summe zu Zwecken der Arbeiterfürsorge zu verwenden. Im Laufe der heutigen Debatte erklärten sich die Reichsräte Graf Törring, der für den Fall der Ablehnung des Regierungsantrages einen Kompromißantrag eingebracht hatte, v. Schanz und Fürst Löwenstein-Wertheim-Rosenberg für den Regierungsantrag, eventuell für den Antrag Törring. Die Minister Frhr. v. Soden und Graf Hertling appellierten dringend an das Haus, die Forderung der Regierung anzunehmen. Die Abstimmung ergab Ablehnung des Antrages der Regierung, für den auch einige Mitglieder des königlichen Hauses gestimmt hatten, ebenso die Ablehnung des Kompromißantrages Törring, dem der Kronprinz und einige weitere Prinzen und Herzöge ihre Stimme gegeben hatten, und mit überwältigender Majorität die Annahme des Ausschußantrages.

Die in Rußland zurückgehaltenen deutschen Luftfahrer vor Gericht.

Perm, 30. April.

Vor dem Gerichtshof begannen heute die Verhandlungen gegen die deutschen Luftfahrer Berliner, Haase und Nikolai.

Verhandlungen des serbischen Handelsministers in Saloniki.

Belgrad, 30. April.

Der frühere Handelsminister Stojanowitsch hat sich nach Athen begeben, um als Delegierter der serbischen Regierung die zwischen Serbien und Griechenland abgeschlossene Konvention über die Serbien eingeräumte Freihafenzone in Saloniki zu unterzeichnen. Wie verlautet, wird Stojanowitsch mit der griechischen Regierung auch Verhandlungen über einen neuen Handelsvertrag beginnen.

Heftiger Sturm in Petersburg.

Petersburg, 30. April.

Durch den Orkan in der letzten Nacht wurden mehrere hundert Barken und kleinere Schiffe von den Ankern losgerissen. Gegen 200 Barken wurden in die große Newa getrieben. In der Nähe des Sommergartens ist ein Kutter gesunken. Die Telephonverbindung ist gestört. Auf der Newa wurde ein Senkkasten einer im Bau befindlichen Brücke überschwemmt und die eisernen Brückenpfeiler beschädigt.

Oeffentlicher Wetterdienst.

Dienststelle Ilmenau,
Donnerstag, 30. April, 8 Uhr morgens.

Luftdruckverteilung und Wetterlage in Europa.

Das südwestliche Tief ist nach Mitteleuropa vorgedrungen und das nordwestliche Hoch hat sehr zugenommen, während das im Osten liegende erheblich flacher geworden ist. Trotzdem beeinflußt es vorläufig noch unsere Witterung auf Trockenheit hin.

Witterungsaussicht für den 1. Mai:

Gewitterneigung, bewölkt, stellenweise geringer Regen etwas kühler.

Wetterwarte zu Hamburg.

(Nachdruck verboten.)

1. Mai: Feucht, kühl, lebhafte Winde, kalte Nächte.
2. Mai: Bewölkt, teils heiter, kühl.
3. Mai: Bewölkt, teils heiter, normal.
4. Mai: Wolkig, wärmer, Regenfälle, strichweise Gewitter.
5. Mai: Wolkig, warm, angenehm.
6. Mai: Meist bedeckt, warm, windig, Gewitter.

Prächtiges Wetter auf dem Brocken.

(Originalbericht. Nachdruck verboten.)

29. April.

Das kühle Wetter, das in den letzten Tagen der vorigen und zu Beginn dieser Woche auf dem Brocken herrschte, ist mittlerweile wieder durch sonnenklare Tage mit höheren Temperaturen abgelöst worden. Am Montag ließen frische nordwestliche Winde die Temperatur nur bis auf 4 Grad Wärme ansteigen. Der nässende Nebel, der vormittags auf dem Gipfel lagerte, verschwand plötzlich gegen 10 Uhr. Für kurze Zeit war die Fernsicht über die Ebene gut, doch trat später wieder starker Dunst auf. Die meist vollständig geschlossene Wolkendecke senkte sich gegen Abend immer mehr. Dann zogen Nebelstreifen über den Brocken hinweg, und um 6 Uhr war alles in Nebel gehüllt. Zu diesem trüben Tag bildete der Dienstag einen um so angenehmeren Gegensatz. Bereits in den ersten Morgenstunden senkten sich die Nebelmassen, so daß die Sonne bei wolkenlosem Himmel über einem großartigen, weit ausgedehnten Wolkenmeere aufgehen konnte. Die obere Grenze dieser Wolkenschicht lag etwa bei 1000 Mtr. Der lebhaft gefärbte Morgenhimmel bildete einen eindrucksvollen Gegensatz gegen das blendende Weiß dieser scheinbar erstarrten Wogen. Die Feuchtigkeitsbestimmung am Morgentermin ergab nur 14 Proz. relative Feuchtigkeit. Der Brocken befand sich demnach in jener Trockenzone, die sich häufig über geschlossenen Wolkendecken vorfindet und einen auffallenden Unterschied gegen die in der Wolke selbst vorhandene Sättigung darstellt. Dabei zeichnete sich die Luft, solange das Wolkenmeer bestand, durch außerordentliche Klarheit aus, die besonders nach Südwesten eine gute Fernsicht gestattete. Die Temperatur stieg mittags bis auf 12 Grad an. Der ganz schwache Wind wehte bis zum Mittag aus Nordwesten und drehte dann im Laufe des Nachmittags über Osten bis nach Süden herum. In der letzten Nacht sank das Thermometer nur bis auf + 6 Grad. Heute morgen ist der Himmel noch wolkenfrei. Die Temperatur betrug um 8 Uhr bereits + 9 Grad.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140501016/fragment/page=0004

Handel, Gewerbe u. Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.".)

3 Uhr 10 Minuten. Reichsanleihe 78,26, Türken-Lose 165,25, Deutsche 241,25, Diskonto 188, Dresdner 150,12, Schaaffhausen 110, Kredit 194, Azow Don 224, Petersburger Intern. 184,50, Baltimore 90,37, Kanada 193,12, Lombarden 21,50, Orient 197,75, Schantung 140, Grosse Berliner 153, Paket 130, Hansa 257,75, Lloyd 114,12, Deutsch-Austral. 172,50, Aumetz 158,87, Bochumer 222,12, Deutsch-Luxemburger 127, Gelsenkirchener 181,25, Harpener 178,25, Laura 142,87, Phönix 235,87, Rombacher 156,50, A.E.-G. 243,75, Schuckert 147,37, Siemens 214,75, Dynamit 175, Naphtha 402,50, South West 117, Türk. Tabak 234,25. Tendenz. Befestigt.

Am Kassamarkt notierten höher: Akt.-Ges. für Bauausführung 1,75, Termin Nordost 4, Südd. Immobilien 2,75, Schöneberg-Friedenau 4, Terrain Südwesten 15 Mk., Dortmunder Unionsbrauerei 2, Wiesbadener Kronenbrauerei 2,50, Daimler Motoren 6, Flensburger Schiffsbau 2,75, Kapler Maschinen 2,50, Kirchner & Co. 2,50, Vogtländ. Maschinen 2, Deutsche Waffenfabrik 3,75, Ludwig Hupfeld 2, Königsberger Lagerhaus 2, Nordd. Steingut 2, Anilinfabrik Treptow 5, Badische Anilin 5, Elberfelder Farben 7, Zeitzer chem. Fabrik 6, Bismarckhütte 2,25, Konkordia Bergbau 4,50, Gussstahl Döhlen 3, Delmenhorst Linoleum 2,25, Schwelmer Eisen 2, Vorwohler Zement 2; niedriger: Grevenbroich Maschinen 3,25, Starke & Hoffmann 4, Lüneburger Wachsbleiche 2, Porzellanfabrik Königszelt 2,50, Thörls Oelfabrik 2,50, Bemberg Spinnerei 4, Th. Goldschmidt 2, Hohenlohe-Werke 2, Kattowitzer 2, Märk.-Westfäl. Bergwerk 2,75, Gladenbeck 2,50, Duxer Porzellan 2,25, Bayer. Zellulose 2, Breitenburg Zement 2, Naphtha 2.

Zum Kurszettel. Berlin, 29. April. 4% Badische Staats-Anleihe 08/09 unk. 18 96,90 b. 4% Bayrische Staats-Anl. 97,50bB. 4% Bayrische Staats-Anleihe 08 unk. 1918 97,50bB. 4% Schwarzburg-Sondershausen — —. 3½% Württemb. Staats-Anleihe 81-89 85,10 G. 3% Kamerunor Eisenbahn-Anteile — — 3½% Deutsch-Ostafrikanische Schuldversch. gar. 99,50 G. 4% Cottbuser Stadt-Anleihe 1900 — —. 4% Darmstädt. Stadt-Anl. 1909 unk. 10 94,80 G. 3½% Dessauer Stadt-Anleihe 1896 — —. 4% Düsseldorfer Stadt-Anleihe 1900, 07, 08, 09 95,20G. 4% Jenaer Stadt-Anl. 1900 — —. 3½% Jenaer Stadt-Anl. 1902 — —. 4% Nordhäuser Stadt-Anleihe 1908 unkv. 1919 — —. 4% Quedlinburger Stadt-Anleihe 1903 unk. 1913 — —. 4% Thorner Stadt-Anl. 1909, 09, 09 94,10 G. 4 proz. Hessische Komm.-Obl. X-XII 97,10 G. 3½% Oesterreichische Nordwestbahn-Obligationen 1874 konv. — —. 4½% Deutsche Solvay-Werke 99,40 G. 4½% Elberfelder Farben unk. 1917 101,50 G. Felten & Guilleaume-Lahmeyer 95,90 97,50 G. Vereinigte Lausitzer Glashütten 360,00 etbG.

Londoner Börse vom 28. April. Es notierten: Engl. Konsols 75 11/16, Rio Tinto 71,75, Geduld 1,15, Goldfields 2 11/32, Steel com 59,62, Steel pfefs. —.—, Rand Mines 6,06, Anaconda 6,31, Eastrand 1,31, Chartered 0,90, Aurora West 0,46, Cinderella Cons. 0,25, Johannesburg Goldfields 0,15, Van Ryn 3,31, Albus (Generals) 0,56, Rand Collieries 0,12, West Rand Consols 8/6, General Mining & Fin 11/16, A. Görz & Co. 11/32, Modderfontein 12,50.

Der Kali-Kuxenmarkt.

Berlin, den 30. April.

	Käuf.	Verk.		Käuf.	Verk.
Alexandershall	10300	10600	Johannashall	3750	3850
Bergmannssegen	7000	7100	Justus-Aktien	90%	92½
Burbach	10200	10450	Kaiserroda	6400	6600
Buttlar	575	650	Krügershall	119%	121%
Carlsfund	5250	5350	Mariaglück	1300	1350
Carlsglück	1275	1350	Max	4100	4250
Fellersleben	1575	1650	Neusollstedt	3200	3300
Felsenfest	3150	3250	Neustassfurt	13100	13300
Glückauf	18800	19300	Reichenhall	1600	1625
Günthershall	4700	4800	Ronsbach	2600	2700
Hansa-Silberberg	5400	5500	Ronnenberg	93%	95%
Hedwig	1600	1675	Rothenberg	2250	2350
Heiligenmühle	1050	1125	Salzdetfurth	305%	315%
Heiligenroda	10450	10600	Salzmünde	5400	5600
Heldburg	35%	36%	Teutonia	60%	62½
Heldrungen	1000	1075	Thüringen	3150	3300
Herta-Neurungen	2850	2950	Walter	1450	1550
Hohenfels	5450	5550	Wendland	900	975
Hohenzollern	7150	7250	Wilhelmshall	9000	9200
Hugo	9100	9300	Wintershall	19800	20100
Hüpstedt	2800	2900			

Eine 1200 Millionen-Gründung.

(Fusion amerikanischer Eisenbahnen.)

New York, 30. April. Eine der grössten finanziellen Transaktionen auf dem amerikanischen Eisenbahnaktienmarkte ist heute perfekt geworden. Unter der Führung der New York Central Bahn sind heute die Lake Shore, die Michigan Southern Bahn und einige andere kleinere Bahnen zu einer einzigen Gesellschaft, die den Namen der New York Central Bahn weiterführen wird, verschmolzen worden. Das Aktienkapital beträgt 300 Millionen Dollars (d. h. mehr als 1250 Mill. Mk.), von denen 249 590 000 Dollars vorläufig zur Ausgabe gelangt sind, während der Rest erst später begeben werden soll.

Vereinigte Hanfschlauch- und Gummiwarenfabriken Akt.-Ges. in Gotha. In Aktionärkreisen, so wird dem „B. T." geschrieben, erregt es Befremden, dass nahezu 4 Monate nach Ablauf des Geschäftsjahres noch keine Mitteilungen über den Abschluss für 1913 bekannt gegeben worden sind. Die Verzögerung dürfte auf den Umstand zurückzuführen sein, dass die Aufstellung der Bilanz nach einem völlig veränderten Modus erfolgt und der eingehenden Prüfung der Deutschen Treuhand-Gesellschaft unterliegt. Die Verteilung einer Dividende (i. V. 22 189 Mk. Verlust) kommt nicht in Betracht. Die Bilanzbekanntgabe ist nunmehr in der ersten Maihälfte zu erwarten.

Zahlungsschwierigkeiten einer Dessauer Getreidefirma. Aus Dessau wird uns berichtet: Die hiesige angesehene Getreidefirma Plenz, G. m. b. H., befindet sich in Zahlungsschwierigkeiten. Das Geschäft galt bisher in der Getreidebranche als grundsolide. Die Firma bietet den Gläubigern einen Vergleich von 30 Proz. an.

Leipziger Palmengarten-Akt.-Ges. Die Generalversammlung genehmigte ohne Debatte den Abschluss, wonach die Mehrausgabe von 94 325 Mk. auf das Sanierungskonto übertragen werden soll. An Stelle eines durch Tod ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitgliedes und für drei Aufsichtsratsmitglieder, die eine Wiederwahl nicht wünschten, wurden Kaufmann Artur Schomburgk, Bahnhofsrestaurateur L. Grass, Rechtsanwalt Brecht und städtischer Gartendirektor Hampel neu in den Aufsichtsrat berufen.

Drohender Konflikt im Krawattenhandel. Zwischen dem „Verbande deutscher Detailgeschäfte der Textilbranche e. V." (Sitz Hamburg) und dem „Verbande deutscher Krawattenfabrikanten e. V." (Sitz Berlin) haben Verhandlungen wegen der Aufstellung einheitlicher Zahlungs- und Lieferungsbedingungen stattgefunden, welche grundsätzlich die Zustimmung des Abnehmerverbandes gefunden haben. Um seine Gruppe weiter in sich zu befestigen, beabsichtigt ferner der Fabrikantenverband, einen Schutzkonto oder Treurabatt in Höhe von 10 Proz. zur Einführung zu bringen, um auf diese Weise die Bezüge von deutschen Aussenseitern und ausländischen Fabrikanten zu sperren. Diese Massnahme ist in den Kreisen der Abnehmerschaft auf scharfen Widerstand gestossen, und es hat bereits der genannte Abnehmerverband den Fabrikanten mitgeteilt, dass er diese Massnahme mit allen Mitteln bekämpfen würde. Wenn auch die Verhandlungen zwischen Fabrikanten und Abnehmern noch nicht zum Abbruch geführt haben, so hat bereits der „Verband deutscher Detailgeschäfte der Textilbranche e. V." seine Mitgliedschaft angewiesen, die Aufträge an die Fabrikanten nach Tunlichkeit einzuschränken. Der genannte Abnehmerverband führt derzeit Verhandlungen mit den deutschen und ausländischen Aussenseitern, um im Falle eines Konfliktes mit den deutschen Fabrikanten an dieser Gruppe einen Stützpunkt zu gewinnen.

Eine Fusion in der Automobil-Industrie. Die Hansa-Automobilwerke beabsichtigen eine Fusion mit der Norddeutschen Automobil- und Motoren-Akt.-Ges. in Bremen. Die Aktionäre der Norddeutschen Automobil- und Motoren-Akt.-Ges. erhalten für je 3000 Mk. Stammaktien 1000 Mk. neue Aktien und für je 4000 Mk. Vorzugsaktien 3000 Mk. neue Aktien der Hansawerke. Zu diesem Zwecke wird das Kapital der Hansawerke um 5.6 Mill. Mark auf 10 Mill. Mk. erhöht.

Zu den Verhandlungen in der Kohlen- und Eisenindustrie. Der Stahlwerksverband wird die Erklärung, die Generaldirektor Dr. Hasslacher von den Rheinischen Stahlwerken in der letzten Zechenbesitzerversammlung des Kohlensyndikats in Sachen der Erneuerung der Eisenverbände abgegeben hat, zum Gegenstand einer Verhandlung machen. Er hat zu diesem Zwecke eine ausserordentliche Generalversammlung auf den 6. Mai einberufen. Aus diesem Vorgehen des Stahlwerksverbandes ergibt sich, dass die Anregungen der rheinischen Stahlwerke auch bei mehreren grossen Werken auf fruchtbaren Boden gefallen sind.

Ueber den Stand der Zuckerrübenfelder meldet der Lichtsche Tagesbericht, dass die Witterung für die Feldarbeiten günstig ist. Die Nachrichten über befriedigenden und vollzähligen Ausgang der zuerst bestellten Felder mehren sich. In Mitteldeutschland wird stellenweise der Wunsch nach Anfeuchtung stärker betont. Von Trockenheitsbesorgnissen kann noch keine Rede sein.

Leipziger Palmengarten. Das Jahr 1913 wird als das ungünstigste Geschäftsjahr seit Bestehen des Unternehmens, das bekanntlich eine durchgreifende Sanierung erfahren hat, in dem jetzt vorliegenden Geschäftsbericht bezeichnet. Durch die Baufachausstellung und die vielen anderen Festlichkeiten des vergangenen Jahres sind die Einnahmen stark beeinträchtigt worden, während die Ausgaben sich nur wenig vermindern liessen. Dauerkarten erbrachten nur 49 439 (80 836) Mk. und Eintrittsgeld 55 510 (67 614) Mk. Nach Abschreibungen von 26 591 (11 492) Mk. wird ein Verlust von 94 325 (283 951) Mk. ausgewiesen, der auf das Sanierungskonto übertragen ist. Von dem bei der Sanierung durch Herabsetzung des Aktienkapitals von 600 000 Mark auf 200 000 Mk. erzielten Buchgewinn von 400 000 Mk., sowie von weiteren 60 000 Mk., die der Gesellschaft durch Verzichtleistung der Obligationäre zugeflossen sind, ist zunächst ein Betrag von 283 951 Mk. zur Beseitigung des vorjährigen Fehlbetrages verwendet worden, während der Rest von 176 048 Mk. mit zur Deckung des diesjährigen Verlustes und zu Abschreibungen gedient hat. Zur Durchführung grösserer baulicher Veränderungen hat der Rat der Stadt ein weiteres Darlehen von 110 805 Mk. bewilligt. Ausserdem lieh der Rat der Stadt zur Deckung des Fehlbetrages für 1913 62 584 Mk. und stellte zur Deckung eines Fehlbetrages im Jahre 1914 weitere 60 000 Mk. darlehnsweise zur Verfügung.

Konkurs-Eröffnungen. Eduard Peill, Aachen. Luise Beck, Arstadt. Schlosser Robert Unshelm, Barmen. Wilhelm Wied, Berlebung (Erndtebrück). Franz Klabunde, Berlin-Lichtenberg. Kfm. Bruno Udo Kurt v. Oppen, Bremen. Kfm. Erdmann Riess, Bromberg. Kfm. Franz Töpfer, Bromberg (Schröttersdorf). Kfm. Josef Bielang, Danzig. Kfm. Karl Liedtke, Danzig. Franz Groos, Danzig. Lombardges. m. b. H., Dortmund. Jakob Klöcker, Düsseldorf. †Hermann Alban Bauch, Eibenstock (Schönheide). Kaufm. Karl Wittig, Essen-Ruhr. Gastwirt Heinrich Graeper, Geestemünde. †Administrator Wilh. Voss, Gollub. †Johanne Hofmann, Hannover. Kfm. Wenzeslaus Nadolny, Herne. †Philipp Gräff, Höchst (Main). Karl Hermann Vogler, Lauenstein-Sachs. (Glashütte). Bäcker Julius Vollmer, Lennep. Kfm. Adolf Unruh, Liebenwalde (Marienwerder i. M.). Ludw. Heinr. Caspar Stamer, Lübeck. †Kfm. Max Herm. Meyer, Lübeck. Kfm. Bernhard Grünewald, Münster (Westf.). Fruchthdlr. Friedr. Stass, Odenkirchen (Beckrath). Adam u. Cie., Pforzheim. Kfm. Selmar Philippsborn, Quedlinburg. Friedrich Landeck, Rybnik (Czernitz). †Kfm. Gustav Schultz, Thorn. Mühlenbes. Heinr. Hein, Tiegenhof. Viehhdlr. W. Glanz, Waren-Meckl. (Neukloster). †Emma Hasenau, Witten. Kfm. Paul Kerskes, Woldenberg.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse, 30. April. Am Frühmarkt notieren Weizen inländ. 191,00—136,00 ab Bahn u. frei Mühle, Roggen loco 163,00—164,00 ab Bahn u. frei Mühle. Hafer, märkischer, mecklenburgischer, pomm., preussischer, posenscher und schlesischer feiner 165—182, mittel 155—164, gering — russisch. und Donau mittel — —, gering — — ab Bahn und frei Wagen. Mais, amerik. mix. — — —, abfall. mix. — — —, runder 148,00—152,00 frei Wagen. Gerste, inland Futtergerste, mittel und gering 144—151, gute 152,00—165,00, russische und Donau leichte 133—137, schwere 138,00—143,00 ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländische u. ausländische Futterware mittel 175—184, Taubenerbsen 185—208 ab Bahn u. frei Wagen. Weizenmehl 00 22,50—27,50. Roggenmehl 0 und 1 19,60—21,90. Weizenkleie 11,20—11,70. Roggenkleie 10,30—10,80. Lupinen, blaue — — —, gelbe — — —. Wicken — — —. Seradella 11 — M.

Hamburg, 30. April. (Getreidemarkt). Weizen fest ostholsteiner und mecklenburger 188—200,00. Roggen fest mecklenbrg. u. altmärk. neuer 162—176,00, russ. cif. 9 Pud 10/15 April-Mai 116 50. Gerste ruhig, südruss. cif. April 110,00. Hafer stetig, neuer holsteiner und mecklenburger 154—163. Mais, ruhig, amerikanisch. mixed cif. per März-April — —, La Plata cif. neue Ernte April-Mai 103,00.

Liverpool, 30. April. Stetig. Roter Winterweizen per Mai 7—1½, per Juli 7—2¼. Mais träge, La Plata, Juli 4—6⅞, bunter amerik., September 4—6⅜.

Budapest, 30. April. Weizen, Tendenz schwach, per April —.— Mai 13,66, Oktbr. 11,66. Roggen, Tendenz schwach, per April —, —, Oktbr. 9,56. Hafer, Tendenz schwach, per April —, Oktober 6,23. Mais, Tendenz schwach, per Mai 7,28, Juli 7,37. Raps, Tendenz ruhig, August 15,75.

Antwerpen, 30. April. Deutscher La Platazug, Kontrakt per April —.—, Mai 6,57½, Juni 6,55, Juli 6,55, Aug. 6,52½. Umsatz 125 000 kg. Tendenz: ruhig.

Kaffee.

Hamburg, 30. April. Godo average Santos

	vorm.	nachmittags	abends
per Mai	46.00 G.	46.00 G.	46.00 G.
„ September	47.25 G.	47.45 G.	47.50 G.
„ Dezember	48.25 G.	48.25 G.	48.25 G.
„ März	49.00 G.	48.75 G.	48.75 G.
	behpt.	behpt.	behpt

Rio de Janeiro, 30. April. Kaffee-Zufuhren 9000 Sack in Rio, 14000 Sack in Santos.

Havre, 30. April. Kaffee good average Santos per März 57,25, per Mai 58 50, per Sept. 59,25, Dez. 59,75. Stetig.

Zucker

Magdeburg, 30. April. Abend-Kurse. April —.—, Mai 9,37½, Juni 9,45, August 9,65, Oktbr.-Dezbr. 9,70, Januar-März 9,87½. Tendenz schwächer.

Hamburg, 30. April. Rübenrohzucker, 1. Prod., Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

	vorm.	nachm.	abends
per April	9.35	9.42½	—.— M.
„ Mai	9.40	9.42½	9.40 „
„ Juni	9.47½	9.50	9.47½ „
„ August	9.65	9.70	9.65 „
„ Okt.-Dez.	9.77½	9.77½	9.72½ „
„ Jan.-März	9.90	9.92½	9.87½ „
	behpt.	stetig	matt

Kartoffelmehl und Stärke.

Magdeburg, 30. April. Prima Kartoffelstärke und Mehl für 100 kg 18.25—18.75. Still.

Eier.

Berlin, 30. April. Eier pro Schock: Vollfr. ausländ. Sorten — — —, südruss. erste Sorten 3.65—3.85 M., in- und ausländ. bessere Sorten 3.60—3.85, in- und ausländische geringere Sorten 3.45—3.55, Kalkeier — — —, kleine Eier 3.25—3.35, Kühlhauseier — —. Tendenz: Ruhig.

Fettwaren und Oele.

Originalbericht von Gebr. Gause.

Berlin, 29. April.

Butter: Das Geschäft war infolge des bevorstehenden Ultimo ruhig, auch die letzte Herabsetzung der Notierung vermochte keinen besseren Konsum hervorzurufen. Für russische Butter besteht ebenfalls geringere Nachfrage. Die heutigen Notierungen sind: Hof- und Genossenschaftsbutter Ia Qualität 113—115 Mk., do. IIa Qualität 110—112 Mk. — Schmalz: An den amerikanischen Fettwarenmärkten behielt die Verkaufsneigung die Oberhand, so dass die Preise eine weitere Ermässigung erfuhren. Wenn sich die Käufer auch hier noch abwartend verhalten, so lässt sich doch bei den jetzigen niedrigen Preisen eine lebhaftere Kauflust erwarten, sobald ein stabilerer Markt eintritt. Die heutigen Notierungen sind: Choice Western Steam 57,25—58,25 Mk., amerik. Tafelschmalz Borussia 59,50 Mk., Berliner Stadtschmalz Krone 59—64 Mk., Berliner Bratenschmalz Kornblume 59,50—64 Mk. — Speck: Etwas bessere Nachfrage.

Köln, 30. April. Rüböl per loko 71.50, per Mai 70.00.

Hamburg, 29. April. Stadtschmalz 58,50, amerikan. Steam 49,50, Chamberlain 51,50. Tendenz stetig.

Spiritus.

Nordhausen, 30. April. Branntwein 35 Vol. Proz. für 100 kg (104—105 l) 81.75—82.75 M., do. 40 Vol. Proz. für 100 kg (105 bis 106 l) 92.50—93.50 M. per loko 12 19 ohne Fass ab Brennerei.

Chemische Produkte.

Hamburg, 30. April. Chilisalpeter per loko 9.50 Febr.-März 10.05, frei Fahrzeug Hamburg. Tendenz: ruhig.

Wolle.

Bremen, 30. April. Baumwolle Upl. loko middl. 64.50.

Liverpool, 30. April. Aegypt. Baumwolle per Mai 9.01.

Liverpool, 30. April. Baumwolle, Umsatz 8000 Ballen, Import 14000 Ballen, davon amerik. Lieferg. — — Ballen.

Alexandria, 30. April. Aegyptische Baumwolle per Mai 17.19, Juli 17.26, Novbr. 18.53.

Metalle.

London, 30. April. Chili-Kupfer, träge 63⅝, 3 Mon. 63⅞, Zinn, Straits, ruhig 157¼, 3 M. 159¼, Blei span., schwach 18 13/16, engl. 19¼, Zink, gew. Marke, ruhig 21½, spez. Marke 22¼.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York.	30. 4.	29. 4.		30. 4.	29. 4.
Weizen p. Mai	101	101	Roggen loko	62½	62
„ „ Juli	95¼	94⅞	Schmalz p. Mai	9.90	9.85
Mais loko	73⅝	73⅝	„ „ Juli	10.07	10.00
Mehl Spring cl.	3.85	3.90	**New York**		
Chicago.			Petroleum in Cases	11.25	11.25
Weizen p. Mai	91⅞	91¾	do. in Stard. Withe	8.75	8.75
„ „ Juli	86	85¾	do. in Cred. Balanc.	2100	2100
Mais p. Mai	63¾	63½	Kaffee loko	8⅝	8⅝
„ „ Juli	64½	64	„ p. Mai	9.40	9.41
Hafer p. Mai	36⅞	36⅛	„ p. Juli	8.59	9.59
„ „ Juli	37⅛	36¾			

Tendenz: Weizen fest, Mais fest.

Schiffsnachrichten

Norddeutscher Lloyd in Bremen.

(Bureau in Halle: L. Schönlicht, Bankgeschäft, Poststrasse.)

Neueste Dampferbewegungen.

Seydlitz 27. April Bishop-Rock passiert. Neckar 25. April Dover passiert. Frankfurt 26. April in Rotterdam. Gotha 24. April von Rio de Janeiro. Sierra Cordoba 25. April von Funchal. Gneisenau 25. April in Adelaide. Scharnhorst 27. April von Suez. Ganelon 24. April in Sydney. Schlesien 24. April in Adelaide. Schwaben 25. April in Melbourne. Rheinland 26. April von Antwerpen. Bülow 26. April in Yokohama. Prinz Ludwig 26. April von Aden. Goeben 26. April von Algier. Norderney 27. April in Shanghai. Helgoland 25. April in Singapore. Altair 25. April von Malta. Durendart 26. April in Antwerpen. Kronprinzessin Cecilie 27. April Dover passiert. George Washington 24. April in Bremerhaven. Cassel 27. April Eastbourne passiert. Köln 24. April von New Orleans. Aachen 25. April in Bremerhaven. Giessen 27. April in Bremerhaven. Friedrich der Grosse 26. April von Genua. Roon 26. April von Fremantle. Pommern 25. April in Antwerpen. Elsass 24. April von Port Said. Greifswald 24. April von Penang. Posen 25. April in Sydney. Kleist 26. April in Bremerhaven. Yorck 25. April in Colombo. Sigmaringen 27. April in Kobe. Prinz Eitel Friedrich 27. April von Neapel. Princess Alice 25. April von Shanghai. Manila 25. April von Banda. Berlin 25. April von New York. König Albert 25. April in Genua. Prinz Heinrich 24. April von Neapel. Prinzregent Luitpold 27. April in Marseille. Schleswig 25. April von Korfu.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.

Saale und Unstrut.			Fall	Wuchs				Fall	Wuchs
Artern	29. März	+1,29			30. April	+1,23		6	—
Nebra, Oberpegel	„	+2,14			„	+2,12		2	—
„ Unterpegel	„	+1,46			„	+1,46		—	—
Weissenfels, Oberpegel	„	+2,42			„	+2,40		2	—
„ Unterpegel	„	+0,20			„	+0,16		4	—
Trotha	29.	+1,62			30.	+1,68		—	6
Alsleben, Oberpegel	28.	+2,38			29.	+2,37		1	—
„ Unterpegel	„	+1,26			„	+1,18		8	—
Bernburg	„	+0,87			„	+0,84		3	—
Calbe, Oberpegel	„	+1,48			„	+1,46		2	—
„ Unterpegel	„	+0,50			„	+0,47		3	—

Iser, Eger, Elbe, Molda	März	Fall	Wuchs		April	Fall	Wuchs
Jungbunzel.	29. +0,26	—	1	Wittenberg	30 +1,94	6	—
Laun	„ −0,06	1	—	Rosslau	„ +1,26	3	—
Budweis	„ −0,15	1	—	Barby	„ +1,46	4	—
Prag	30. +0,32	—	—	Schönebeck	„ +1,37	5	—
Pardubitz	29. −0,43	3	—	Magdeburg	„ +1,17	—	2
Brandeis	„ +0,46	4	—	Tangermde.	„ +1,98	4	—
Melnik	„ +0,46	—	3	Wittenberge	„ +1,90	4	—
Leitmeritz	30. +0,03	2	—	Dömitz	29. +1,45	7	—
Aussig	„ +0,19	4	—	Bolzenburg	„ +1,44	—	2
Dresden	„ −1,25	5	—	Hohnstorf	30. +1,45	7	—
Torgau	„ +0,52	6	—	Lauenburg	„ +1,45	6	—

Aussig, 30. April. Pegelstand +0.19 m. Vom Oberlauf werden 0.14 m Fall gemeldet.

Verantwortlich für den politischen Teil: Siegfried Dyck; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Feuchtwanger; für Ausland u. letzte Nachrichten: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Albert Barth; Druck und Verlag von Otto Hendel, Sämtlich in Halle. — Zuschriften an die Redaktion, Berichte, Einsendungen usw. sind stets an die Redaktion der „Saale-Zeitung", nicht an die Adresse einzelner Redakteure zu richten.

— Diese Nummer umfasst 8 Seiten einschliesslich Unterhaltungsblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140501016/fragment/page=0005

Berliner Börse, 30. April 1914

Die Rubrik in Kursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:

1 1. Jan.	4 1. Apr.	7 1. Juli	O 1. Okt.	a 1.1.7.	d 1.4.10.	g 15.3.9.	k 15.6.12.
2 1. Feb.	5 1. Mai	8 1. Aug.	N 1. Nov.	b 1.2.8.	e 1.5.11.	h 15.4.10.	l 11.6.12.
3 1. Mrz.	6 1. Juni	9 1. Spt.	D 1. Dez.	c 1.3.9.	f 1.6.12.	i 15.5.11.	v versch.

q_1 quartaliter 1.1.4.7.10. — q_2 do. 1.2.5.8.11. — q_3 do. 1.3.6.9.12.

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Leu, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.

Berlin. Bankdiskont 4%, Lombardzinsfuß 5%, Privatdiskont 2⅝%

Nachdruck verboten.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.

Dt.Rchs.Sch.	a	4	100.30bG
do. 1.4.15	d	4	100.40G
do. 1.5.16	a	4	100.20G
Gt.Rchs.-Anl	v	4	98.70bG
do. uk. 25	d	4	—.—
do. uk35 Int	c	4	98.90bG
do. do.	v	3½	86.90G

Magdeb. 06	a	4	96.50G
do. 1902	d	4	96.60G
do. 86-02	a	3½	93.10G
Mannh01 12	b	4	94.50G
MülheimRhr.	d	3½	89.00B
München 94	v	3½	88.80G
do. 01,06,07	d	4	96.50bG
do. 1908/11	e	4	96.40G
Nürnb 99/02	v	4	95.10G

Serb. Gold-A	f	4½	86.75bG
do. am. Anl95	a	4	78.70b
Siames. Anl	c	4½	95.00B
Türk. AdmAnl	e	4	76.50bG
do. Bagd. Anl.	e	4	77.50bG
do. do. 2	a	4	75.90bG
do. unif. 03	c	4	82.60G
do. do. 05	c	4	72.50bG
do. do. 08	a	4	72.60G

Kostow-Wor.	d	4	85.00G
Kursk-Kiew	b	4	85.90bG
Lodz. Fabr. B.	a	4	85.25bG
Moskau Kas.	a	4½	94.60bG
do. 1911	e	4½	94.60bG
do. 1915	a	4	—.—
Mosk. KiewW	a	4½	94.60bG
do. 1910	a	4½	94.60bG
do.	d	4	85.40b

PrPfd830 31	v	4	95.30bG
do. S. 32, 33	v	4	95.75bG
do. S. 23, 26	v	3½	87.75G
do. 17 18 24	v	3½	85.00bG
Pr. Kinb.-Ob.	a	4	93.50G
do. do.	a	3½	89.60G
do. KmOb. 67	a	4	96.25bG
do. Ser. 9, 10	v	4	96.50bG
do. S. 11, 12	v	4	96.50G

Rh. Braunk. 2	d	*4	99.—
do. do. 2	d	*4½	99.25G
do. Metall 5	d	4	92.80bG
Rh. Wstf. El 2	d	4½	96.75B
do. do. 2	d	4	88.90G
do. Kalkw. 5	a	*4½	101.50G
RiebeckMt. 2	b	4½	101.60bG
Romb. Hütt. 3	a	*4½	101.10B
Rybn. Steink.	a	*4½	—.—

Drtm. Unions	O	25	444.00G
do. Victoria	O	7	124.25G
Düseld. Adler	O	6	95.25G
Düss. Höfelb	O	10	153.25bG
Frankf Henn.	O	7	124.60G
Germn. Drtm	O	9	139.75G
Gevelsberg.	O	4	63.50G
Gilden-Br.	O	0	64.50G
Glückauf .	O	8	123.00G

Dt. Kabelwrk	1	5	132.10G
do. Kaliwerk	1	10	146.00bG
do. Lin u Wcha	1	6	122.00bG
do. Schachtb	1	40	378.50bG
do. Spiegelgl	1	20	284.25b
do. Steinzg.	1	16	216.00bG
do. Ton u Stz.	1	10	135.80bG
do. Waff. u. Mn	1	32	637.75bG
do. Wagg. Lh	1	12½	195.50B

Körtings El.	4	8	128.10G
Emil Köster	4	11	128.75b
Kosth. Cell.	1	5	106.50G
Kronpr. Met.	1	16	270.00b
Gb. Krüg. & C.	1	10	146.00bG
KruschwitzZ.	7	16	232.00b
Kunz Treibr.	1	7	96.25G
Kupfw. Dtschl	1	9	125.00G
Küppersb. & S	1	13	217.30G

Schöneb. Fr.	4	0	80.00bG
C. Schoening	5	9	123.00b
Schönw. Prz.	1	5	72.00b
Herm. Schött	1	9	120.00B
Schftg. Huck	1	4	94.25G
Schub. & Slz.	4	24	387.80bG
SchuckertEl.	8	8	147.40b
Fr. Schulz jr.	1	20	265.00G
Schulz-Kndt	1	4	142.50bG

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140501016/fragment/page=0006
DFG